

# Eübeder Volksbote

Organ für die Interessen der wertfätigen Bevölkerung

Der „Eübeder Volksbote“ erscheint täglich Mittwochs (außer an Sonn- und Feiertagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 3.90, monatlich 1.30 Mt.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die leihgespaltene Zeile oder deren Raum 60 Pfg., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 50 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 2 Uhr mittwochs, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 144.

Dienstag, den 24. Juni 1919.

26. Jahrg.

## Der Frieden.

Hat eigentlich jemand recht darauf geachtet? Ist es eigentlich den Menschen recht zum Bewußtsein gekommen, daß wir gestern noch Krieg hatten und heute Frieden? Ach, wie ganz anders hatten wir uns diesen Tag vorgestellt, an dem zum ersten Male das Wort Frieden Wahrheit werden würde! Wir hatten geträumt von einem Tag der Freude, des ungekrübbten Glücks, der Menschenversöhnung, der Wiederherstellung der Harmonie, wir hatten geglaubt an einen Festtag, für den wir vier lustlose Jahre hingegeben hatten.

Und nun ist es stumpfergrauer Alltag, niemand freut sich, niemand jubelt, gleichgültig und mit ausdrucksloser Miene sagt einer zum anderen: „Nun, also jetzt ist Frieden.“

Wie können an diesem Frieden keine Freude haben, weil er in Wirklichkeit die Fortsetzung des Krieges ist.

Selbst der Kinder glaube, daß nun die alte behagliche Lebensweise wiederkehren würde, erfüllt sich nicht. Vielleicht, daß ein paar „Kellamartikel“, die zuletzt zu den völlig verschwundenen Genüssen gehörten, wie Schokolade, Kaffee, Reis u. a. exotische Produkte wieder im Handel auftauchen werden zu Preisen, daß sie vielleicht noch von den Mittelbegüterten gekauft werden können. Im großen ganzen wird sich aber an der Lebensmittelversorgung nur sehr wenig ändern, denn wenn auch die Grenzen preisregelnd weit offenkündig, es läme doch nur das herein, was wir bezahlen können — und das ist sehr wenig. Nein, auch der Friedensschluß, so notwendig er war, ist kein Wundermittel, das uns plötzlich wieder aus dem Elend herausrißt.

Ein solches Wundermittel gibt es überhaupt nicht. Hat doch selbst der Führer der Unabhängigen, Hugo Haase, in der Nationalversammlung erklärt, daß es fürchtlich sei, auf den sofortigen Eintritt der Weltrevolution zu hoffen, die Dinge entwickeln sich nicht so schnell, wie es unserer Ungebildlichkeit wäre. Mit diesem Geständnis ist die Politik der Mehrheitssozialdemokratie vollkommen gerechtfertigt, während gerade die Unabhängigen sehr oft alle unbequemen Gegenfragen mit dem Hinweis auf die dicht bevorstehende Weltrevolution beiseite geschoben haben.

Wir haben den Optimismus, der sich von Wünschen anstatt von harter Einsicht leiten läßt, stets abgewiesen, wir haben die entsetzlichen Folgen der Niedertagen voraus und haben sie bekämpft und darauf blickt, wir, trotz aller Beschimpfungen von links, mit Stolz zurück. Wenn Herr Haase uns jetzt bestätigt, daß die Weltrevolution keine von heute auf morgen eintretende Katastrophe, sondern nur eine sehr langsam sich vollziehende Umwälzung ist, so hat er, ohne es zu wissen, damit die Politik der Mehrheitssozialdemokratie glänzend gerechtfertigt.

Trotzdem hatten wir diesen Frieden nicht für ein unabänderliches Fatum, das mit schweigender Demut hingenommen werden müßte. Schon von heute ab gilt es, den Kampf gegen diesen Frieden aufzunehmen. Durch diesen Frieden ist die deutsche Arbeiterschaft das Ausbeutungsobjekt des Entente-Kapitalismus geworden; deshalb ist der Kampf gegen diesen Frieden ein notwendiges Stück des proletarischen Klassenkampfes der deutschen Arbeiterschaft geworden.

## Die bedingungslose Unterwerfung.

Auf den Einspruch Deutschlands haben die Alliierten geantwortet, daß die Zeit für Diskussionen vorbei sei. Sie verlangten die Unterzeichnung des Friedens als Ganzes. Die Nationalversammlung ist schwer an die zweite Abstimmung herangegangen und hat das Ja der Regierung bestätigt. Der Gesandte von Sankt überbrachte dann im Auftrage der Regierung folgende Note an die Alliierten:

Die Regierung der Deutschen Republik hat aus der letzten Mitteilung der alliierten und assoziierten Regierungen mit Erschütterung erfahren, daß sie entschlossen sind, von Deutschland auch die Annahme derjenigen Friedensbedingungen mit äußerster Gewalt zu erzwingen, die, ohne materielle Bedeutung zu besitzen, den Zweck verfolgen, dem deutschen Volk keine Ehre zu nehmen. Durch diesen Gewaltakt wird die Ehre des deutschen Volkes nicht verletzt. Sie nach außen hin zu verteidigen, steht dem deutschen Volke nach den ansehnlichen Verden der letzten Jahre jedes Mittel. Der übermächtigen Gewalt weichen, und ohne damit ihre Auffassung über die unerbittliche Ungerechtigkeit der Friedensbedingungen aufzugeben, erklärt deshalb die Regierung der Deutschen Republik, daß sie bereit ist, die von den alliierten und assoziierten Regierungen aufgestellten Friedensbedingungen anzunehmen und zu unterzeichnen.

Wie der „Total-Anz.“ wissen will, sei die Frage der Erhaltung der Reichseinheit für die Annahme der Bedingungen im Kabinett entscheidend gewesen. Die süddeutschen Staaten ersuchten sie bei einer Ablehnung als gefährdet.

Am Mittwoch soll das Schandwerk unterzeichnet werden. Im Versailles Schloß trifft man die Vorbereitungen zu dem Betrugsstück: Daß die Macher dieses Werkes keine allzu große Freude daran haben, dafür muß eine einzige Arbeiterschaft der ganzen Welt sorgen.

## Nationalversammlung.

41. Sitzung.

Wien, 24. Juni, nachmittags 2 Uhr.

Präsident Fehrenbach eröffnet mit fast einstündiger Verzögerung die Sitzung kurz vor 3 Uhr mit der Bemerkung: Es haben sich bei der gestrigen Sitzung Ereignisse vollzogen, die eine abermalige Besprechung der Friedensfrage notwendig machen. Wenn kein Widerspruch erhoben wird, will ich als ersten Gegenstand nochmals die Beratung der Friedensfrage auf die Tagesordnung stellen.

Das Haus ist damit einverstanden.

Präsident des Reichsministeriums Bauer: Im Namen der Reichsregierung habe ich folgende Mitteilung zu machen: Die Mehrheit der Nationalversammlung hat in der gestrigen Sitzung die Ausführungen gutgeheißen, in denen die Stellung der letzten Regierung zum Friedensvertrage dargelegt wurde. Entsprechend diesem Ratum und der darin ausgedrückten Bevollmächtigung haben wir gestern nachmittags in Versailles eine Note überreichen lassen, die diese unsere Stellung mit folgenden Verwahrungen und Vorbehalten darstellt, die wir folgendermaßen betonen: Die Regierung der Deutschen Republik ist bereit, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, ohne jedoch damit anzuerkennen, daß das deutsche Volk Schuld am Kriege sei und ohne die Verpflichtung nach Artikel 227 bis 230 des Vertrages zu übernehmen. Darauf ist uns am späten Abend gestern folgende Antwort zugegangen (der Ministerpräsident verliest die Note Clemenceaus). Damit ist die Lage in wünschlicher Weise von Grund auf verändert und damit stehen wir unerbittlich vor der ungeheuren Frage: Ablehnen oder bedingungslos unterzeichnen? Die Reichsregierung hat Ihnen gestern die bedingte Unterzeichnung vorgeschlagen und dafür die Zustimmung der Mehrheit erbeten. Sie hat geglaubt, diesen letzten Versuch machen zu müssen, um etwas wenigstens von all den Verden zu retten, die unsere Gegner angehtlich in diesem Kampfe für die Menschheit erstreben wollten. Wir haben die Abtrennung deutscher Gebiete und die wirtschaftlichen und finanziellen Bedingungen anerkannt, obwohl sie jede Arbeit für das eigene Volk und sein Wohlergehen auf Jahrzehnte hinaus unmöglich machen. Aber eins wollten sie ihrem Volke ersparen: Ein unwahres Schuldbekenntnis und die Auslieferung von Volksgenossen an ein Tribunal, bei dem Ankläger und Richter eins sind. Die Entente hat unsere Vorbehalte abgelehnt. Jetzt, wo der Versuch mißlungen, an dem kräftigen Wehmut der Entente gescheitert ist, muß die ganze Welt sehen, hier wird ein Volk an Leib und Seele verzweifelt, wie kein Volk je zuvor. Und unterzeichnen wir, das ist der Vorschlag, den ich Ihnen namens des Kabinetts mache, bedingungslos zu unterzeichnen. Nur wenn uns jetzt nur noch eine Frist von knapp 4 Stunden von der Wiederannahme der Feindseligkeiten. Wer weilsos ist nicht eitel. Ich darf wohl annehmen, daß auch nach diesen Vorgängen die Regierung ermächtigt bleibt, den Friedensvertrag zu unterzeichnen.

Schiffer (DVP.): Die Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten, die wir bezüglich der Ermächtigung nicht vorhanden wussten, gibt mir Anlaß zu der Feststellung, daß durch sie unsere Stellungnahme selbst, wie auch Sie gestern hier dargelegt haben, unberührt bleibt.

Schulz-Bromberg (DVP.): Die deutschnationale Partei steht nach wie vor auf dem Standpunkt der unbedingten Ablehnung.

Heinze (DVP.): Wir lehnen unsererseits den Friedensvertrag nach wie vor ab.

Präsident Fehrenbach: Der Herr Ministerpräsident hat festgestellt, daß auch nach den von ihm geschilderten Vorgängen die Regierung nach seiner Auffassung ermächtigt bleiben soll, den Friedensvertrag zu unterzeichnen. Ein Widerspruch gegen diese Auffassung ist nicht erfolgt. (Widerpruch und Zurufe: Doch! rechts.) Es wurde von Seiten der deutschnationalen Volkspartei nur Widerspruch gegen die Unterzeichnung erhoben, nicht gegen die Auffassung des Herrn Ministerpräsidenten, daß nach wie vor die Regierung ermächtigt bleiben solle, den Friedensvertrag zu unterzeichnen. Das ist ein Unterschied. Wenn die deutschnationale Volkspartei den Unterschied nicht geltend machen will, so bitte ich, das zu erklären.

Schulz-Bromberg (DVP.): Wir sind nach wie vor der Ansicht, daß gestern nur eine unter Beschränkung erteilte Ermächtigung zur Unterzeichnung gegeben worden ist. An diesem Standpunkt halten wir fest, und deshalb protestieren wir gegen die Unterzeichnung.

Präsident Fehrenbach: Meine Frage ist durch diese Ausführungen nicht bejaht worden. Aber ich nehme an, es wird Widerspruch erhoben und eine nochmalige Abstimmung verlangt.

Schulz-Bromberg: Ich beantrage die namentliche Abstimmung. (Große Unruhe links und im Zentrum und Zurufe links: Unerbittlich, es ist bald sieben! Bewegung.)

Präsident Fehrenbach: Ich habe bereits hervorgehoben, daß wir abstimmen.

Schiffer (DVP.): Ich bitte, ausdrücklich festzustellen, wober abgestimmt werden soll.

Präsident Fehrenbach: Ueber die Auffassung der Regierung, daß sie nach wie vor ermächtigt bleibt, den Friedensvertrag zu unterzeichnen; nur darüber wird abgestimmt.

In einfacher Abstimmung erklärt darauf das Haus gegen die Stimmen der deutschnationalen Volkspartei die Auffassung der Regierung für zutreffend.

Präsident Fehrenbach: Damit ist vorläufig diese schmerzliche Angelegenheit erledigt. Ist stelle mit Genugtuung fest, daß von den verschiedensten Seiten des Hauses anerkannt wurde, daß alle Teile des Hauses, ob Ja oder Nein, nur von vaterländischen Gründen sich bei der Abstimmung leiten ließen, getragen von schweren Gewissensbedenken und von den ernstesten Auffassungen über die Lage unseres Vaterlandes. Ich hoffe, daß man drauhen in der gesamten Bevölkerung und auch in der Presse dafür ein Verständnis habe und gewillt ist, nunmehr einträchtig zusammen, alle die großen Väter auf sich zu nehmen, die uns jetzt bevorstehen, alle zusammen getragen von dem heiligen Willen vaterländischer Liebe.

Die Sitzung wird auf eine Stunde unterbrochen. Es soll dann der Rest der Tagung erledigt werden.

Schluß 3 1/2 Uhr.

Um 4 1/2 Uhr wurde die Sitzung wieder aufgenommen. Präsident Fehrenbach: Die Parteiführer haben sich auf folgenden Wortlaut des Aufrufes an das deutsche Volk geeinigt:

In der Stunde tiefsten vaterländischen Anglisses dankt die deutsche Nationalversammlung der deutschen Wehrmacht für die aufopfernde Verteidigung der Heimat. (Beifall.) Ungeheure und niederdrückende Anforderungen stellt der iron des Selbstmutes der Truppen uns aufgezwungene Friede an alle Teile des Volkes; besonders schwere aber an das Ehrgefühl unserer Soldaten. (Beifall und Zustimmung.) Das deutsche Volk erwartet zuverlässig, daß Heer und Marine, Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften treu ihrer großen Vergangenheit in dieser schwersten Zeit ein Beispiel der Selbstopferung und der Aufopferung geben und Hand in Hand mit den anderen Volksgenossen an der Wiederaufrichtung unseres Vaterlandes arbeiten werden. Sie wird gelingen, wenn alle ihre vaterländische Pflicht erfüllen. (Beifall.)

Ich stelle fest, daß das Haus mit diesem Aufruf an das deutsche Volk einverstanden ist. (Beifall und Zustimmung.)

Der Präsident teilt im weiteren mit, daß der Vorkostenausgleich im Einverständnis mit der Reichsregierung vorläufig, einen Beitrag der Nationalversammlung für die Reichsbetriebe einzulegen, in den die Sozialdemokraten zwei Mitglieder und alle übrigen Fraktionen je ein Mitglied entsenden sollen.

Zur Ergänzung des Gesetzes gegen die Steuerflucht vom 26. Juli 1918, wonach die zu leistende Steuer bis auf 50 Prozent des Vermögens der Steuerpflichtigen erhöht werden kann, liegt ein Antrag aller Parteien vor, wonach der Finanzminister ermächtigt ist, für Gebiete des Reiches, bei welcher die Rechtsgleichheit gefährdet ist, den Banken die Anzeigepflicht über Hinterlegung von Wertpapieren seit dem 1. Oktober 1918 aufzuerlegen.

Burm (U.S.) beantragt, diese Bestimmung auf das gesamte Reichsgebiet zu erstrecken und die Anzeigepflicht auf die seit dem 1. August hinterlegten Wertpapiere auszudehnen, weil die Steuerflucht von Vermögen schon gleich nach dem Kriegsbeginn eingesezt habe.

Gesamrat Seelig bittet namens der Reichsregierung um Annahme des gemeinsamen Antrages.

Der Antrag Burm wird in seinem ersten Teile mit den Stimmen der beiden sozialdemokratischen Parteien, in seinem zweiten Teile auch mit einzelnen Stimmen des Zentrums angenommen.

Mit dieser Aenderung des gemeinsamen Antrages wird das Gesetz in zweiter Lesung angenommen.

Der Gesetzentwurf wird auch in dritter Lesung angenommen. Es folgt der Notetat, der wegen nicht rechtzeitiger Fertigstellung des Hauptetats 6 Milliarden bis zum 1. Oktober zur Verfügung stellt.

Geyer (U.S.): Interpolitisch steht die neue Regierung auf dem Boden der Regierung Scheidemann. Wir haben die Regierung Scheidemann bekämpft und sagen auch daher der jetzigen Regierung den Kampf an.

Mumm (DVP): Im alten kaiserlichen Deutschland wurde viel sparsamer hausgehalten. (Unruhe links.) Wir beantragen, daß erst 5 Milliarden bewilligt werden.

Braun-Nürnberg (SD): Dem Wunsch nach Sparsamkeit schließen wir uns an, aber auf das kaiserliche Deutschland sollte man sich zum Beweise von Sparsamkeit nicht beziehen. (Sehr richtig! links.)

Gothcin (DVP): Wer diesen Etat ablehnt, lehnt auch die 400 Millionen für Leuerungszulagen an Beamte und Lohnangehörige ab. (Lachen bei den U.S.) Das Volk sollte nicht nur an Rechte, sondern endlich auch an seine Pflichten denken und wieder an die Arbeit gehen. (Zustimmung.)

Schirmer (Z.): Der Antrag Mumm ist rein willkürlich. Wir lehnen ihn ab. Auch wir bitten die Arbeiterschaft, endlich wieder zur Arbeit zurückzukehren, nur dann können wir über diese schlimme Zeit hinwegkommen. (Sehr richtig!)

Dr. Richter (DVP): Gar keine Debatte wäre uns lieber gewesen. Unser Volk muß Einheit, Disziplin und Ordnung bewahren und endlich wieder arbeiten. Das wirtschaftliche kaiserliche Deutschland war doch ein anderes, als das heutige Deutschland, das den Tag der Tätigkeit der Freunde des Herrn Geyer geworden ist. Jetzt muß aller Luxus aufhören.

Burm (U.S.): Wir haben das Kriegsende vorausgedacht. Damals hat man uns beschimpft. Man hielt durch, weil man Angst hatte vor dem Tage der Abrechnung. (Zuruf rechts: Die Abrechnung kommt!) Die Arbeiter haben zur Regierung kein Vertrauen, daher arbeiten sie nicht; erst wenn das anders geworden ist, werden wir den Appell zur Arbeit ergehen lassen.

Der Antrag Mumm wird abgelehnt und der Notetat gegen die Stimmen der Unabhängigen bewilligt.

Es folgt die Beratung der Vorlage über den Eintritt der Staaten Bayern und Baden in die Biersteuergemeinschaft.

Jaepfel (DVP.) hat Bedenken im einzelnen und beantragt Ausnahmeratung.

Reichsfinanzminister Erzberger ersucht um sofortige Verabfolgung, da das Gesetz am 1. Juli in Kraft treten soll.

Das Gesetz wird angenommen.

Nächste Sitzung: Dienstag, 10 Uhr. Anfragen und kleinere Vorlagen.

Schluß: 6 Uhr.

## Politische Rundschau.

Deutschland.

„Aldente“ „Selbst“aten.

Die deutschen Mithürer des Weltkrieges, die ihre Eroberungspläne nicht durchsetzen konnten, haben nun neue Mittel gefunden, um den deutschen Namen weiter zu diskreditieren. Verantwortlichkeit dem Volksgenossen gegenüber liegt ihnen fern. Es liegt Methode in ihren gewissenlosen Handlungen. Sie wollen Deutschland, das ihnen nur ein Herrschaftsobjekt war, gänzlich zugrunde richten, um sich dann wieder in den Sattel zu schwingen. Erst taucht ein Teil mit schwerer blutbeladener Beute aus und der

andere Teil läßt sich im Vernichten. Wenn es aber am Bezahlen geht, dann überlassen sie die Kosten dem Volke. So wird wieder aus Berlin folgender Wahnsinn gemeldet:

Montag vormittag gegen 11 Uhr begaben sich mehrere Hunderte von Soldaten und Studenten, darunter auch viele Offiziere, von der Universität nach dem Zeughaus, drängen in dasselbe ein, rissen die französischen Siegesstrophäen und Standarten, vom Kriege 1870 an sich, die heute nach den Bestimmungen des Friedensvertrages ausgeliefert werden sollten, und begaben sich dann mit diesen Standarten und Trophäen nach dem gegenüberliegenden Denkmal Friedrichs des Großen und verbrannten sie. Eine große Menschenmenge sah diesem Vorgange zu. Um die Folgen kümmert sich diese Blase nicht.

### Zur Versenkung der deutschen Flotte

in Scapa Flow erklärt Admiral Bridg, der Kommandant in Scapa Flow, die Tat der Deutschen bedeute eine Verletzung des Waffenstillstandes und einen feindseligen Akt der Deutschen. Kommandant von Reuter übernimmt angeblich die volle Verantwortung für das Versenken der deutschen Schlachtschiffe und zwar auf Grund des vom früheren deutschen Kaiser im Jahre 1914 gegebenen Befehls, daß die Schiffe niemals in Feindes Hand fallen dürfen. Das ist eine sehr billige Erklärung eines nationalstolischen Selbstmordes. Teuer wird sie dem deutschen Volke zu stehen kommen, denn der Wert wird auf über eine Milliarde geschätzt. Es wird an der Zeit, daß sich auch die deutsche Regierung zu diesem unerhörten Vorgang äußert. In England und Frankreich wird der Waffenstillstandsbruch und die Vertragsuntreue Deutschlands natürlich breitgeschlagen und Schadensersatz gefordert.

### Lebendige freigesprochen.

Die Geschworenen verneinten sämtliche Schuldfragen. Der Angeklagte wurde unter lauten Beifallskundgebungen im Zuhörerraum freigesprochen.

### Ein Schritt gegen die Klassenjustiz.

Das Berufsrichteramt war unter dem alten System ausschließlich den herrschenden Klassen vorbehalten. Um alle Söhne von Minderbemittelten und Arbeitern von der Richterlaufbahn auszuschließen, war eine raffinierte Einrichtung getroffen: Der junge Jurist mußte als Referendar beim Staat drei bis vier Jahre lang unentgeltliche Arbeit leisten. Aber da hierbei ein Unbemittelter, aber begabter junger Mann sich noch immer vielleicht hätte durchhungern können, so verbot der Staat den Referendaren nicht nur jede bezahlte Nebenarbeit ohne ausdrückliche Genehmigung, sondern er verlangte auch den Nachweis, daß der Verzehrende über den „landesgemäßen Lebensunterhalt“ auf fünf Jahre verfügt. Vor dem Krieg betrug die Summe, die dem Referendar zur Verfügung stehen mußte, andernfalls er nicht angestellt wurde, 7500 Mark.

Jetzt ist durch Verfügung des preussischen Justizministeriums die Bestimmung des Vermögensnachweises aufgehoben. Leider ist damit den Unbemittelten nur sehr bedingt die juristische Laufbahn freigegeben. Denn ein Gehalt erhält der Referendar noch immer nicht. Die Regierung sollte auch diesen zweiten Schritt tun, damit die Richterlaufbahn wirklich jedermann zugänglich ist.

### Wißell kapitalistisch gekniff?

„Leipziger Volkszeitung“ und „Halleisches Volksblatt“ legen auseinander, daß Wißells Planwirtschaft zwar ein kräftiger Stoß gegen die bisherige Politik der Regierung sei, aber doch keineswegs als sozialistisch angesehen werden dürfe. Trotz seiner Beliebtheit für die Volkspartei Sozialismus denke Wißell durchaus kapitalistisch. Deshalb werde ihm z. B. nicht klar, daß bei einer wirklichen Sozialisierung, bei der Verwirklichung des Sozialismus durch das Proletariat der höchste Kursstand der Mark und die ungünstige Finanzlage des Reiches nicht die entscheidende Rolle spielen.

In der Tat nicht! Wenn nämlich der Sozialismus sofort international verwirklicht wird, ist der Kursstand der Mark ganz gleichgültig. Solange aber die ganze übrige Welt kapitalistisch ist, muß auch ein sozialisiertes Deutschland bei ihr Lebensmittel und Rohstoffe kaufen, und deshalb bleibt der Kursstand der Mark entscheidend wichtig, gleichviel bis zu welchem Grade der Sozialisierung wir fortgeschritten sind. Im Weltmarktsystem spielen solche materiellen und tribulären Fragen natürlich keine Rolle. Aber in der Wirklichkeit muß ein verantwortlicher Minister sich schon einigermaßen darum kümmern, auch wenn die dreimal geknickten U.S.-Ker ihn einen Kapitalisten schimpfen.

### Oesterreich.

Der Wiener Arbeiterrat gegen die Käte-Diktatur. Im Kreisarbeiterrat erklärte Präsident Freig: Die Sozialdemokraten können die Verantwortung für die Einrichtung der Käte-Diktatur heute nicht übernehmen. Er wies darauf hin, daß die Sozialdemokraten die Anwendung von Gewalt immer verabschiedet und richtete an die Kommunistenpartei die Anforderungen, von der Gewalt ebenfalls abzusehen und sich der Wehrkraft unterzuordnen. Eine Entschickung wurde angenommen, welche die kommunistischen Forderungen als schärfste Maßnahme und die getroffenen Vorkehrungsmaßnahmen als durchaus berechtigt erklärt.

### Rußland.

Verfaßt. Der familiäre Generalstab meldet, daß ein britisches Schlachtschiff am 18. Juni das bolshewistische Schlachtschiff „Slawa“ torpediert hat. Die „Slawa“ sank sofort.

### Frankreich.

Die Wahlkreise. Der französische Senat erließte die Vorlage über die Wahlkreise. Im Namen der Regierung bekämpfte Pams die in der Vorlage vorgesehene Verhältnismäßig. Trotzdem wurde die Vorlage mit 120 gegen 80 Stimmen angenommen. „Journal du Peuple“ schreibt: Clemenceau, die Reize ist an Dir, wie vorher an Orlando und Schredemann.

### Italien.

Die italienische Krise. Der König hat Nitti mit der Bildung des Kabinetts beauftragt. Die Bildung des Kabinetts ist erfolgt. Es setzt sich wie folgt zusammen: Premierminister und Außenminister: Nitti, Innenminister: Tittoni, Kolonialminister: Rossi, Finanzminister: Ledesma und Minister für Arbeiten und Erziehung: De Santis. Die Sozialistische Partei und der allgemeine Landgewerkschaftsverband Italiens haben einen Aufruf erlassen, in dem sie vor den Gefahren reaktionärer Regierungen warnen, die dem Lande eine Politik gegen den Willen des Parlaments anzuwenden wollen. Die sozialistische Partei ist überzeugt, daß es sich nicht um eine Regierungskrise, sondern um eine allgemeine politische und soziale Krise handelt und sie verleihe daher, daß die Kammer ihre Verantwortung für die Lösung der Krise übernimmt.

### Amerika.

Schwarze Sozialisten. Der Kongreß des amerikanischen Arbeiterbundes in Atlantic City hat einstimmig eine Entschickung angenommen, daß die zwei Millionen Arbeiter schwarzer Rasse auf dem Fuße der Gleichberechtigung an der internationalen Vereinigung des Proletariats teilnehmen sollen. Sollte eine Vereinigung eine Untercheidung zwischen Weißen und Farbigen machen wollen, so müsse sie für die Organisation der Arbeiter farbiger Rasse ein Sonderstatut schaffen. Trotz dieser Einschränkung betrachten die amerikanischen Arbeiterführer den Beschluß als einen der wichtigsten Fortschritte, den die amerikanischen Gewerkschaften seit vielen Jahren verwirklicht haben. So erklärte Gompers, daß der vom Kongreß vollzogene Akt eine entscheidende Phase in der Geschichte des Kampfes der schwarzen Rasse für die Gleichheit der Rechte und in der Geschichte der politischen und wirtschaftlichen Freiheiten Amerikas darstelle. Das Land sei jetzt auf dem Wege zur Überwindung des letzten Klassenunterschiedes.

### Aleine politische Nachrichten.

Uegen die militärischen Maßnahmen im Direktions-Betrieb protestierten mehrere tausend Eisenbahnangestellte und -arbeiter des Bezirkes Frankfurt a. M.

Bei der Wahl des Leipziger Arbeiterrats erhielten die Unabhängigen 193 Mandate, die Demokraten 46, Sozialdemokraten 40, Deutschnationalen 19 Mandate. Im ganzen waren 300 Mandate zu vergeben.

Noske erließ einen Aufruf an die Truppen, in denen er sagt, er sei für Nichtunterzeichnung des Gewaltfriedens im Kabinett gewesen, aber überstimmt worden. Er fordert auf, weiter bei der Fahne zu verbleiben. Noske hatte sein Rücktrittsgesuch eingereicht, bleibt aber wieder Reichswehrminister.

Der Eisenbahnerstreik in Thüringen nimmt immer größeren Umfang an.

Angeklagte Umsturzangelegenheiten werden aus Berlin gemeldet. Im Kriegsministerium und verschiedenen andern militärischen Zentralstellen erhalten die Angestellten ihr Gehalt für zwei Monate im voraus.

Einen verfrühten Vormarsch haben französische Kolonnen bei Frankfurt a. M. begonnen. Von Küsselsheim aus erreichten Infanterie, Maschinengewehre, Panzerautos und Tanks die Vorstadt Boosenheim, wo der Vormarsch zum Stillstand kam.

### Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Dienstag, 24. Juni.

Die Bürgerstimmerversammlung hatte gestern zwar keine große, aber wichtige Tagesordnung zu erledigen. Das zeigte sich auch an dem starken Besuch der Tribünen. Beim Punkte „Errichtung einer Einwohnerwehr“ wurde sehr lange, weniger über die Wehr selbst, als vielmehr über die Vorgänge am 14. Juni, über Schadenersatz für die bei den Plünderungen entstandenen Schäden, über die Verdrängungsangelegenheit, über Forderungen und Befehlsgewalt von Lebensmitteln usw. gesprochen. Der Antrag Dr. Meyer-Lübke (Dem.), über Schadenersatzpflicht des Staates, der angenommen wurde, stand bei diesem Punkte mit zur Verhandlung. Ebenfalls die Eingabe der Lübecker Wirte über Schadenersatzleistung. Dr. Meyer-Lübke begründete seinen Antrag mit einer langen juristischen Darlegung. Er sprach besonders über die Haftpflicht des Staates bei Raub und Plünderungen und gegen die Forderung der Kommission. Die Forderung, so meinte er, machten sich des Hausfriedensbruchs schuldig, wenn sie gegen den Willen des Inhabers die Wohnung betreten. Dieser sei sogar berechtigt, straflos das Eindringen mit der Waffe abzuwehren. Er behauptet, daß der Senat die Forderungskommission eingesetzt hätte und verlangt vor allem eine partielle Zusammenlegung. Genosse Haubert teilt sofort die Gefangenensituation. Hier hätte man von der Wehr Gebrauch machen können. Er behauptet, daß nicht alle Lebensmittellieferanten mit Sicherheitsstempeln am Tage der Demonstration befreit werden seien, um die Plünderungen zu verhindern. Im übrigen glaube er, daß es möglich sein wird, den Forderungskommissionen eine gesetzliche Grundlage zu geben. Genosse Knappe sprach in längerer Rede über die Tätigkeit der Forderungskommissionen. Wenn man für Ruhe sorgen wolle, müssen die Forderungen fortgesetzt werden. Genosse Blantz sprach einen Antrag, eine Kommission einzusetzen, die prüfen solle, wer für die Verdrängungs-Angelegenheit verantwortlich ist, wie der finanzielle Schaden des Staates verhütet werden kann und wie zukünftig ähnliche Fälle zu vermeiden sind. Dieser Antrag wurde angenommen. Endlich, nach kurzweiliger Debatte, kam man auf die Einwohnerwehr selber zu sprechen. Alle Bürgerlichen traten dafür ein, daß schon Kriegsteilnehmer von 20 Jahren an der Wehr teilnehmen könnten, während unsere Genossen an der Altersgrenze von 24 Jahren, wie es durchweg in anderen Städten üblich ist, festhielten. Genosse Dreger beantragte mit Recht, wenn solche jungen Leute einmal in eine schwierige Situation kämen, sie ihrer Aufgabe schwerlich gewachsen seien und unter Umständen viel Unheil anrichten könnten. Da die Bürgerlichen in der Mehrheit waren, wurde beschlossen, für Kriegsteilnehmer die Altersgrenze auf 20 Jahre herabzusetzen. Alle Bemühungen des Senates und der Bürgerlichen, weitere Genossen dazu zu bewegen, für das Gesetz zu stimmen, um so die nötige Zweidrittelmehrheit zu erlangen, waren vergeblich. Sie stimmten nicht dafür, und so konnte das Gesetz nicht zustande kommen. Um einen Ausweg zu finden, erklärten die Demokraten die Altersgrenze von 24 Jahren in der am Montag stattfindenden zweiten Sitzung anzunehmen. Mit dieser Änderung waren die Sozialdemokraten auch für das Gesetz. Der Senat soll mit den Vorarbeiten für die Bildung der Wehr beginnen. — Anhang der Sitzung wies der Wortführer Gen. Ehlers auf die Annahme des Friedensvertrages hin und sprach die Hoffnung aus, daß es dem deutschen Volke das noch gelingen möge, sich aus diesem Elend empor zu arbeiten. Bekannte Worte sprach auch der Senatskommissionar. Auch alle Parteien gaben eine Erklärung ab. Dabei kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Gen. Dreger und Dr. Witte, weil letzterer die Nationalversammlung scharf angriff. — Die Sitzung wurde nach 11 Uhr geschlossen, obgleich die Tagesordnung nicht erledigt war.

Anmeldung der Entlassung und Einstellung von Arbeitsträften. Aus dem Arbeitsamt wird uns geschrieben, daß die Verordnung des Demobilisierungskommissars vom 10. März ds. Js. über die Pflicht der Arbeitgeber zur Anmeldung der Entlassung, der Einstellung und des Bedarfs an Arbeitsträften seitens der Arbeitgeber noch nicht mit der genügenden Sorgfalt beachtet worden ist. Hinslang sind zwar nur wenige Fälle zur Anzeige gebracht worden, aber nun ab muß jeder Arbeitgeberfall dieser Verordnung bestraft werden. Bekanntlich schreibt die Verordnung vor, daß die Arbeitgeber verpflichtet sind, die Entlassung, die Einstellung und den Bedarf an Arbeitsträften (sowohl an Arbeitern wie an Angehörigen) binnen 24 Stunden nach Eintritt der Entlassung, der Einstellung oder des Bedarfs dem Arbeitsamt, Arbeitsamt-Oberinspektor Arbeitsnachweis, Unterstraße 104, hier selbst schriftlich anzumelden. Durch eine Nachtragsverordnung vom 12. ds. Ms. ist bestimmt worden, daß die Anmeldung, soweit es sich um Entlassungen handelt, an die hiesige Heuerstelle, Unterstraße 104, erfolgen hat. Die Meldungen für die Einstellung und Entlassung müssen enthalten: 1. Vor- und Nachname, Geburtsdatum und Wohnort des Angehörigen beim Entlassenen; 2. den Tag der Entlassung oder Einstellung; 3. bei der Einstellung außerdem die Bezeichnung des Arbeitsnachweises, durch den die Vermittlung erfolgt; 4. bei der Entlassung außerdem den Entlassungsgrund. Die Meldungen des Bedarfs an Arbeitsträften müssen die Arbeitsbedürfnisse genau angeben. Die Verpflichtung zur Anmeldung muß an Stelle des Arbeitgebers diejenigen Personen, welche von

Arbeitskräften für seine Zwecke beauftragt sind, Der Verpflichtete kann die Meldungen auch durch einen Bevollmächtigten vornehmen lassen. Es wird die Hoffnung ausgesprochen, daß der nachmalige Hinweis auf strenge Befolgung dieser Verordnung nunmehr alle Arbeitgeber veranlassen wird, sämtliche geforderten Meldungen in der vorgeschriebenen Zeit zu erstatten. Weitere Nachsicht kann nicht mehr beobachtet werden; die Übertreter dieser Verordnung müssen von nun ab unweigerlich gemäß § 5 der Verordnung bestraft werden.

Die Lage des Arbeitsmarktes in Lübeck. Die Lage des Arbeitsmarktes gestaltet sich von Tag zu Tag erfreulicherweise günstiger. Die Zahl der Erwerbslosen beträgt zurzeit insgesamt 715; davon entfallen auf die Metallindustrie 119, auf das Handgewerbe 12, auf die Holzindustrie 4. Die Zahl der sonstigen Facharbeiter beträgt 134; unter diesen sind leider immer noch die Kellner (41) und die Schlichter (42) in größerer Anzahl vertreten. Geflern befinden sich 14 landwirtschaftliche, 90 jugendliche und 121 ungelernete Arbeiter. Die Zahl der Kaufleute beträgt 83, die der Bureauangestellten 9, verschiedene Berufe 6. Der weibliche Arbeitsmarkt bietet ebenfalls kein ungünstiges Bild; es entfallen auf Hausangestellte 15, Arbeiterinnen 80, Bureauangestellte 22, auf Morgenstellen 23. Die Gesamtzahl der männlichen Arbeitsträften beläuft sich danach auf 572, die der weiblichen auf 143.

Ueber die Versenkung der deutschen Schiffe schreibt die „Eisenbahnzeitung“: „Unsere Blaupausen, die sich im November vorigen Jahres durch die Hissung der roten Flagge ein Schandmal in der Geschichte der deutschen Marine gesetzt hatten, haben durch diese Tat sich rehabilitiert. . . Der alte deutsche Geist herrscht immer noch, wenn auch in einem kleinen Teile unserer „blauen Jungens“. Wir sind der Meinung, daß diese Tat nicht dem alten deutschen Geiste, sondern dem alldutschen Geiste entspricht, was auch der Beifall in den reaktionären Blättern beweist. Ueber die Besetzung durch die rote Flagge wollen wir mit der „Eisenbahnzeitung“ nicht rechten.“

Reform der Hafenbehörde. In Lübeck will man, wie einem Hamburger Blatte geschrieben wird, eine Unterstellung aller Hafenbehörden unter eine gemeinsame Oberleitung, die alle Handels- und Schiffsverkehrsinteressen zusammenfaßt. Auch soll der Strom- und Hafenbau im Wasserbauamt vereinigt, das neben der Strom-(Trave-) gleichzeitig die Kanalverwaltung innehat, untergeordnet werden. Dazu kommt ein neues Kaimat (bisher wird der Güterumschlag von der Lübecker Kaufmannschaft verwaltet, künftig soll das staatlich gesehen), das auch innigere Fühlung mit dem Strom- und Hafenbau erhalten soll. Eine besondere Hafenpolizei will man nicht; deren Aufgaben erledigt ebenfalls die Hafenmeisterei. Ferner soll das Seemannsamt Sache des Handels- und Schiffsverkehrs sein, das ferner auch die Hafeninspektion übernimmt. Und schließlich herrscht in allen Hafenkreisen Lübecks das Einverständnis, daß das bisherige Nebeneinander der Behörden in Wahrheit eigentlich ein Gegeneinander war und aufhören muß.

Einrichtung eines Großmarktes. Um gleichen Zuständen, wie wir sie im vorigen Jahre kennen gelernt haben, vorzubeugen, wird in Lübeck, wie sich aus der heutigen Anzeige ergibt, ein Großmarkt eingerichtet. Danach ist der direkte Verkauf beim Erzeuger sowohl an Verbraucher wie an Händler verboten. Künftig können also unsere Gärtner die Erzeugnisse ihrer Wirtschaft nur auf dem Großmarkt abgeben, und niemand wird mehr imstande sein, wie im vorigen Sommer seinen Bedarf an Kartoffeln, Gemüse usw. für den folgenden Tag abendlich beim Gärtner selbst zu decken. Durch die jetzt getroffene Maßregel darf erwartet werden, daß alles von unseren Gärtnern gezogene Gemüse nunmehr reiflos aus den Lübecker Markt kommt und daß die Wanderungen des Publikums zu den Wohn- und Betriebsstätten der Produzenten aufhören.

Seefisch. Leider wird der Seefisch, so schreibt man uns, hier in Lübeck noch lange nicht genügend als Volksnahrungsmittel gewürdigt. Ohne Zweifel verstehen viele Hausfrauen sich nicht recht auf die Zubereitung der Seefische. Bei sorgfältiger Zubereitung ist der Seefisch nicht nur ein sehr schmackhaftes Gericht, sondern er hat auch einen sehr hohen Nährwert. Nach Analysen von Professor König beträgt der Eiweißgehalt bei Seefisch 17 vom Hundert, bei Kabeljau 16 vom Hundert, bei fettem Rindfleisch 16—17 vom Hundert. Kabeljau und Seefisch enthalten also ebensoviele Eiweiß wie fettes Rindfleisch, sind aber bedeutend billiger als dieses. Ein weit verbreiteter Irrtum ist, daß der Seefisch im Sommer nicht frisch ist. Die Fische werden gleich nach dem Fang auf dem Fischereifahrzeuge geschichtet, ausgenommen, abgepflückt und dann sorgfältig in Eis verpackt. Der Fisch verbleibt ständig in Eis verpackt bis er dem Publikum folgebahnen wird. Wenig beliebt ist der eigenartige Seegeruch, der den Fischen anhaftet. Es empfiehlt sich, den Fisch vor der Zubereitung 1/2 bis 3/4 Stunde in kaltem Wasser, in das man etwas Essig getan hat, zu legen. Der Fisch muß vorher sorgfältig gereinigt werden. Man entfernt die Haut im Bauch, bürstet den Fisch gut aus und wäscht ihn in kaltem Wasser. — Die Zubereitung werden die Hausfrauen schon verstehen. Weit wichtiger ist es, daß Fische reichlich und zu annehmbaren Preisen zu haben sind. (Red.)

Ertrunken. Der Delikatwarenhändler Miklaff und drei anderen Herren unternahmen gemeinsam auf einer Motorjacht eine Fahrt nach Kopenhagen um, wie vermutet wird, Waren für das Geschäft zu besorgen. Auf der Rückfahrt geriet die Jacht in eine Gewittersturm. Auf die Notsignale hin kam ein Fischer, der das Schiff ins Schlepptau nahm. Der Bergungsversuch quälte nicht. Die Jacht ging unter und nahm alle 4 Insassen, Miklaff, Wegel, Wendt und Strang mit in die Tiefe. Nur Herr Strang konnte gerettet werden, alle übrigen sind ertrunken.

Kriegsvermisstenforschung. Zur weitgehendsten Nachforschung nach dem Verbleib vermilter oder vermissten Kriegsteilnehmer wird demnächst durch unentgeltliche öffentliche Auslegung in Vereinen, Restaurants, Leichhallen, Cafes usw. ein „Handbuch der deutschen Kriegsvermissten“ über ganz Deutschland verbreitet werden. Deswegenliche nähere Auskunft und Fragebogen kostenfrei durch den „Verlag des Handbuchs der deutschen Kriegsvermissten“, Köln-Deutz.

Hausfrauenverein. Zu der Mitgliederversammlung des Lübecker Hausfrauenvereins am Mittwoch, dem 23. Juni, nachmittags 5 Uhr im Wäldersaal der Gemeinnützigen Gesellschaft, sind alle Hausfrauen eingeladen. Außer einer Ausprache über die Hausangehörigen-Frage findet auch eine Vorführung des Kochapparates „Brennheze“ statt; einer neuen Erfindung, die es ermöglicht, mit dem geringsten Aufwand an Heizungsmaterial zugleich als Ofen wie als Kochherd zu dienen.

Sania-Theater. Die Direktion hat das Lübecker Volkstheater „Marzipan“ nach seiner erfolgreichen Uraufführung am Deutschen Theater in Bremen erworben, um es in der nächsten Zeit zur Aufführung zu bringen. Der Verfasser Karl Rodemann ist ein alter Lübecker, der sein Werk auch in der Lübschen Mundart dichten läßt. Der künftigen Aufführung dürfte man mit viel Interesse entgegensehen.

Stadthallen-Theater. Am Mittwoch, dem 25. Juni wird des Abends „Emilie Galotti“ gegeben, um unsere neuen Schauspielerkräfte der Winteraison mit einem klassischen Werk in Lübeck einzuführen. Das seit 150 Jahren berühmte Stück, welches Lessing als vorbildliches Muster seiner „Hamburgischen Dramaturgie“ schrieb und das von jeher ob seines kritischsten Aufbaues bewundert wurde, wird von Oberregisseur von Losow inszeniert. Donnerstags, dem 26. Juni kommt nochmals die beliebte Operette „Ranzen“ zur Aufführung und Freitag, dem 27. Juni das an vielen deutschen Bühnen und speziell in München mit großem Erfolg aufgeführte Werk „Die Heirat“ von Vogel.

Diebstahl. Aus einem am hiesigen Bahnhof belegenen Hotel ist am 22. d. M. ein hellbrauner, mit brauner Seide gefütterter Ueberzieher gestohlen worden. — Abhanden gekommen und vermutlich gestohlen ist ein im Bootshafen bei der Herrenbrücke festgemacht gewesenes Boot. Das Boot, ein nordischer Kahn in weiß gestrichen. Der Boot ist geteert. Zeitgenossen wurde ein Arbeiter aus Zappendorf, der sich im Besitze eines halben gelackten Schafes befand. Über dessen rechtmäßigen Erwerb er sich nicht ausweisen konnte. Anzunehmen ist, daß das Schaf von einem Diebstahl herrührt.

**Stadtsdorf.** Eine Nationalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins tagte am 19. Juni im Lokale des Herrn Krüger, Paderburg. Unter anderem herrschte Gen. Gies von der Tätigkeit des Gemeinderats; derselbe führte folgendes aus: Nach seiner Neuwahl hatte der Gemeinderat zwei Sitzungen gehabt. Er könnte feststellen, daß die soziald. Gemeinderäte bisher sich in allen Punkten geschlossen gezeigt hätten, welches auch schon von bürgerlicher Seite anerkannt sei. Zweckmäßig sei auch, daß man den Gemeinwohnern die Sitzungen des Gemeinderats häufiger besuchte würde, denn viele, die die Tätigkeit der Gemeinderäte hemmten, würden, wenn sie den Sitzungen beiwohnen, andere Meinungen bekommen und würden viele sich auch auf später besinnen und ihre Stimmen auch bei einer Wahl für dieselben abgeben, die wirklich für das Wohl der Gemeinde einträte. Gegen die Schulverhältnisse, so wie sie jetzt sind, ist vom Gemeinderat schon Stellung genommen, da aus den schlechten Gebieten Hunderte von Schülern heillos sind, so sollen die Lehrkräfte ersetzt werden. Die Wohnungsverhältnisse sind in jeder Hinsicht und ist schon einigen Familien Wohnung angemessen worden, die sonst wohl nicht für die Gemeinde zuständig gemessen wären. Die Versammlung war dann auch sehr mit der Tätigkeit der Vertreter zufrieden und wurden keinerlei Mängel angeführt. Vom Gen. Gies wurde noch gewünscht, daß der Gemeinderat dahin wirkt, daß in den Schulen den Kindern Unkosten die Lehrmittel unentgeltlich geliefert werden. Gen. Gies erklärte, daß davon noch Abstand genommen werden muß, bevor das Wirklichwerden nicht sicher gestellt ist. Nach Erledigung verschiedener Anfragen wurde die Versammlung um 11 Uhr geschlossen.

**Samburg.** Unschuldig an einem angeblichen Lebensmittelfälscher. Am Montag nachmittag wurde der Fleischkonfervenfabrikant N. Heil wegen angeblicher schwerer Lebensmittelfälschungen von einer auf das höchste erregten Volksmenge aus seinem Kontor geholt und schwer mißhandelt in das kleine Hinterhaus bei den Hinterhöfen geworfen. Ueber die Angelegenheit liegt folgender Bericht vor: Am Montag mittags sahen Passanten der Kleinen Meidenstraße, wie vor dem Fahrzeughändler der Firma Jedsch Jäcker abgeladen wurden. Eins der Fahrzeuge zerbrach, und ein eckeliger Mensch ergoß sich über die Straße. Inzwischen war die Menge der Passanten, deren sich bereits eine gewisse Erregung bemächtigte, auf etwa 150 bis 200 Personen angewachsen. Ein Teil von ihnen drang in die Fabrik ein und fand hier eckeligerge Art, altes Leder, kleine Helle, die auf Ratten und Mäuse schließen ließen, außerdem tote Katzen und in einem Kessel einen ohnezogenen, noch warmen Hund. Die immer mehr anwachsende Menschenmenge besah sich nun nach dem Kontor in der Reichenstraße 10, wo sie den H. selbst antraf. Die zu verarbeitenden Materialien sollen derartig widerlich sein, daß die Frauen angeblich nur mit Handschuhen arbeiten. H. wurde von den Anwesenden zur Rede gestellt und, als er alles in Würde stellte, von der erregten Menge durch Faustschläge und Stockschläge schwer mißhandelt. Polizeibeamte wollten H. in einem Wagen fortbringen. Auf dem Rathausmarkt fielen mehrere Personen den Pferden in die Füße, hielten H. aus dem Wagen und warfen ihn ins Wasser. Zweifelsohne wäre er ertrunken, wenn nicht Mannschaften der Volkswehr die auf das äußerste erregte Volksmenge zurückgedrängt und Heil aus dem Wasser herausgeholt hätten, worauf sie ihn in die Rathauswache brachten. H. hat „Delikatessfälle“, die er für 3 und 5 Mark das Pfund verkauft, hergestellt.

**Neumünster.** Vom Schlag getroffen stürzte auf der Straße ein achtjähriger Knabe tot zu Boden. — Beim Baden ertrunken ist im Einzelner See ein sechsjähriger Gummifabrikant.

**Kiel.** Eine Warnung für Kinder. Tödlich unglücklich ist ein Knabe, der sich hinten auf den Vordach eines Straßenbahnwagens gesetzt hatte. Als der Wagen in die Weiche einfuhr und seine Fahrt verlangsamte, sprang er ab und lief zur Seite, gerade vor den aus der entgegengekehrten Richtung kommenden Wagen. Der Knabe wurde umgefahren und geriet unter den Wagen. Er gab noch Lebenszeichen von sich, starb aber auf dem Wege zur Klinik.

**Kiel.** Ungenügende Milchlieferung. Die Provinzial-Versorgungsstelle teilt mit: Den Landwirten Bönquet in Rorpe, Flecker in Rehlamp, Hennings in Bahl, Kreis Rönne, wurden zusammen fünf Milchfüße, dem Landwirt Hans Reimers in Henrichsdorf, Kreis Norddithmarschen, zwei Milchfüße wegen ungenügender Milchlieferung entzogen.

**Schwern.** Acht Monate nach der Revolution. In der „Mecklenburgischen Zeitung“ finden wir folgende hochwichtige Nachricht, die wir unseren Lesern nicht vorenthalten wollen: „Aus Schloß Garzert kommt uns eine Nachricht, die heraldische und freudige Teilnahme machen wird. Ihre königliche Hoheit die Frau Großherzogin Alexandra ist heute früh 5 Uhr 10 Minuten von einer gesunden Urinierstörung glücklich entbunden. Der behandelnde Arzt ist mit dem Befinden der hohen Wöchnerin und des neugeborenen Töchterchens sehr zufrieden.“ Diese Meldung im Hofstil wirkt heute, acht Monate nach der Revolution und angeht die der Tatsache, daß in Mecklenburg eine sozialistische Mehrheit und Regierung besteht, befrühlichend.

**Bremen.** Die unabhängige kommunistische Revolution ist ungenügend geläutert. In der zur Verständigung einberufenen Versammlung kam es nicht einmal zu Besprechungen. Unter anderem, die zahlreiche erschienen waren, verließen trotz Überzeugung, den Antrag stellen, daß alle diejenigen den Saal verlassen sollten, die der Stadtwehr als Mitglieder angesehen. Begründet wurde dieser Antrag damit, daß die Angehörigen der Stadtwehr Spiesler seien. Unsere Vertrauensleute hätten durch ihr zahlreiches Erscheinen jedenfalls den guten Willen gezeigt, mit den radikalen Vertrauensmännern zusammen zu gehen, sofern sich eine geeignete Grundlage dafür schaffen lasse. Die radikale Mehrheit war anderer Meinung, sie ließ sich von ihrem Haß gegen die Stadtwehr leiten, ohne zu erkennen, daß für das gesamte Proletariat in dieser Stunde viel wichtigere Dinge auf dem Spiele stehen.

### Theater und Musik.

**Stadttheater-Theater.** „Nanon, die Witkin zum goldenen Lamme“, Operette in 3 Akten von Richard Genée. Einst, in längstvergessenen glücklichen Tagen, waren die Melodien dieser wirklich hübschen Operette in aller Mund. „Ach Anna, zu Dir ist mein liebster Gang“, „Na, das gibt sich, und das übt sich, und man leint es mit der Zeit“ pfliffen heinabe die Späzen von den Dächern. Auch lauber gearbeitete Ensembles und andere schöngeistige Stücke und Chöre erbeben das Werk weit über eine neuzeitliche Gemächter. Es ist echte Musik darin, die von in letzteren meistens schmerzlich vermisst. Dazu eine nicht sehr bedeutende, aber gefällige Handlung aus der Zeit Ludwigs des XIV., als man noch im Lebensgenuss den einseitigen Lebensweg ersuchte. Eine Liebesgeschichte zwischen einem Marquis und einer hübschen Witkin, die mit der Vereingung des in seiner sozialen Stellung so ungleichen Paares zur Freude aller Beteiligten vor uns auf der Bühne erndigt. „Nanon“ präzentierte sich am Sonnabend an unserer Sommerbühne in bester Form. Die Darsteller waren mit Liebe, Lust und Laune bei der Sache. Das Spiel war flott, der Gesang frisch und der Humor kam im allgemeinen auch zu seinem Recht. Frau Bradsln war die Nanon, fest, verlobt und den Mund und Herz auf dem richtigen Fleck. Als Nanon de Lendos sah Milly Zschka charmant aus und entschied durch ihren kultivierten Gesang und ihr anmutiges Spiel. Der Liebhaber in der Operette ist immer ein Tenor; diesmal war es Herr Trimborn, der als Marquis d'Albigne die Herzen zu erobern hatte und es auch mit Erfolg tat. Die komischen Figuren aus dem Kreise des Adels, Marillac und Hector verkörperten die Herren Kohl und Holtmann. Auch die nicht genannten übrigen Mitwirkenden erfüllten gern und mit Eifer ihre Pflicht. Die gut abgerundete Vorstellung hätte einen weit zahlreicheren Besuch verdient, als er ihr zuteil wurde.

### Neueste Nachrichten.

**Berliner Postbrief.**  
Berlin, 24. Juni. Nach einer Mitteilung der Oberpostdirektion ist es infolge des gestern beschlossenen Streiks der im mittleren Post- und Telegraphendienst beschäftigten Ausheißern vorläufig nicht im vollen Umfange möglich, den Privatfernsprechverkehr auszuheben zu erhalten.

**Zur Verbrennung der französischen Fahnen.**  
Berlin, 24. Juni. Die Verbrennung der französischen Fahnen ist jetzt beendet. Eine Untersuchung durch das Kreisamt-Verfahren. Ob die Fahnen ermittelt werden können, ist sehr fraglich, da keiner von den Beteiligten Angaben trug.

**Schwere Kohlenstaubexplosion.**  
Leipzig, 24. Juni. In einem Kesselhaus der Gewerkschaft „Victoria“ in Leobstadt bei Leipzig hat eine Kohlenstaubexplosion stattgefunden, bei der drei Arbeiter sofort getötet und 17 schwer verwundet wurden. Von den Verletzten sind inzwischen noch 8 weitere im Krankenhaus in Borna gestorben.

**Die Ungarn zum Vormarsch bereit.**  
Wien, 24. Juni. Wie das „Nacht- und Morgenblatt“ meldet, steht das ungarische Heer in Stärke von 60 000 Mann an der niederösterreichischen Grenze bereit, um dem Vormarsch der Entente gegen die Republik durch Einfall in Niederösterreich zuvorzukommen. Das Heer ist mit Kriegsmaterial der ehemaligen k.u.k. Armee ausgestattet.

**100 Flugzeuge verbrannt.**  
Basel, 24. Juni. Wie die „Basler Nachrichten“ melden, wurden im Herdorn von St. Oeg 18 Hangars mit etwa 100 Flugzeugen durch eine Feuersbrunst zerstört. Der Schaden beläuft sich auf 4 Millionen Franken.

**Die Auslieferung aller schuldigen Deutschen.**  
Genf, 24. Juni. Die deutschen Politiker und Militärs, die zur Verantwortung gezogen werden sollen, müssen von Deutschland innerhalb einer sehr kurzen Frist ausgeliefert werden und sollen von der Entente so lange in Schwaben gehalten werden, bis die Entscheidung über ihre Prospekt erfolgt ist.

**Der Jubel in Paris.**  
Paris, 24. Juni. Die Renonanzen der Pariser Journalisten seit Montag abend 9 Uhr in ununterbrochenen Salven den Jubel an. Der Jubel in Paris ist eine große Menschenmenge. Es werden Gespräche gehalten. Eine Abteilung Infanterie mit Maschinengewehren steht vor dem Hotel der Deutschen, vor welchem sich die Menschenansammlungen ebenfalls so aufstauten, daß sie von den Soldaten vertrieben werden mußten. Auf den Pariser Boulevards stehen große Menschenmengen jubelnd umher. Die Musik spielt im Freien und Arbeiterzüge, die nach der Demonstration rufen, bewegen sich durch die Straßen. Um 7 Uhr erließen der Generalsekretär der Friedenskonferenz bei dem Minister von Santel und wollte die Musik hören, wer für Deutschland unterzeichnen werde. Minister von Santel konnte nur erwidern, daß er noch keine Weisungen aus Weimar erhalten habe. Ferner wurde gestern abend der Entente eine kurze deutsche Protestnote gegen das vorläufige Vorgehen der Alliierten an den deutschen Botschaftern überreicht. Die Unterzeichnung soll erst am Donnerstag mittag zwischen 12 und 1 Uhr stattfinden. v. Santel will den Frieden nicht unterzeichnen. Er erliegt um Abfassung.

**Internierung der deutschen Matrosen.**  
London, 24. Juni. 1600 deutsche Offiziere und Matrosen sind wegen der Besetzung der deutschen Schiffe in Scapa Flow auf dem Wege zur Internierung. — Wie die „Times“ melden, soll der deutsche Admiral Bauer wegen Verletzung der Besatzungsbedingungen vor ein Kriegsgericht gestellt werden.

**Berliner Streik.**  
London, 24. Juni. Der Streik in der Baumwollindustrie ist beendet.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Bauer.  
Verleger: Th. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer & Co., Sämtlich in Lübeck.

**Bekanntmachung betr. Verkauf von frischen See- und ardenen Fischen auf Karten.**  
Wegen Platzmangel in der Markthalle dürfen dort bis auf weiteres keine Ansammlungen zum Fischverkauf stattfinden. Die Käufer werden fortan von der Fischergrube (unteres Durchgangsgelände des Stadttheaters) aus an die Verkaufsstände geführt. (3927)

**Städtische Fischverteilung.**

**Bekanntmachung betr. Verkauf von marzentleeren Süßwasser-, See- und Raubfischen.**  
Um die Ausführung marzentleerer Fische jeglicher Art durch Fremde zu verhindern, werden die Verkäufer darauf hingewiesen, nur gegen Vorzeigen eines Ausweises (Lebensmittellbuch, Paß) Fische zu verabsorgen. (3928)

**Städtische Fischverteilung.**

**Öffentliche Verdingung.**  
Die Ausführung der Klempner- und Dachdeckerarbeiten für die Herstellung von Kleinwohnungen an der Buschstr. und Gernerstr. soll im Wege der öffentlichen Verdingung vergeben werden.

Angebote sind bis zu dem am **Mittwoch, d. 2. Juli 1919** mittags 12 Uhr im Bauamt, Mühlendamm 10, stattfindenden Verdingungstermin in verschlossener, mit entsprechender Aufschrift versehenen Umschlag an das Bauamt einzureichen.

Niederlegungsgeld und Bedingungen liegen im Bauamt zur Einsicht aus, auch können sie gegen Erstattung der Schreibgebühren von dort bezogen werden.

Zuschlagsfrist 2 Wochen.  
Lübeck, den 23. Juni 1919.  
Das Bauamt,  
Abteilung Straßen.

Etwa 25 Morgen Weiz und Schilf bei der alten Herrenfähre zu verkaufen. Schriftliche Angebote bis zum 27. d. Mts. mittags 12 Uhr an das **Wasserbauamt II, Mühlendamm 10.**

Für erwiesene Aufmerksamkeit zur Vermählung danken herzlichst. (3940)

**W. Zlotzen und Frau, Sedanstr. 22a.** geb. Vinzing.

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke zu unserer Silbernen Hochzeit, insbesondere den Meistern, allen Mitarbeitern und Arbeiterinnen der Schwartauer Gönnerwerke sagen wir hierdurch unsern innigsten Dank.

**F. Grochowski nebst Frau** geb. Diercks. (3930)

Schwarze.  
Zu sofort gesucht (3934)

**1 tücht. Frau od. Mann** zum Waschen und Reinmachen. **Stoßengasse 15.**

Nach kurzer schwerer Krankheit erkrankt heute sanft mein lieber Mann, unser treuerorgender Vater

**Fritz Schlichting**  
im 46. Lebensjahre.  
Tief betrauert und schmerzhaft vermisst von

**Marie Schlichting**  
geb. Meier  
nebst Kindern und allen Angehörigen.

Lübeck, den 21. Juni 1919.  
Köpenhagen 1.

Die Trauerfeier findet am **Mittwoch, den 25. Juni, nachmittags 5 Uhr 30 Min.** in der Kapelle des Vorwerfer Friedhofes statt. (3929)

Montag früh 2 Uhr entschleif nach langer schwerer Krankheit unter lieber süßer

**Heini**  
im ersten Alter v. 4 1/2 Jahr.  
Tief betrauert u. schmerzhaft vermisst von seinen Eltern und Geschwistern.

**Johs. Rohweder nebst Frau** 3959 und Kindern.  
Beerdigung Donnerstag nachm. 4 Uhr Vorm. Friedh.

**Westerland-Sylt.**  
Gesucht tüchtiges, gelundes **Kochfräulein.**

Angebote mit Gehaltsanprüchen an **Pension Schering,** Eirandstraße 11. (3942)

Gesellent. Hängematte f. Seel. Blumenstr. v. d. Jade, fast neu. (3961)

Zu verk. 2 gr. et. Koffer mit Nadel, Waagen, Kopierpr., Luftgewehr, Vogelbäuer, Obfröol. (3949)

Erabauer. 7 pt. l.

Radentool, pass. für besseres Geschäft, auch Wirtschaft, das 1 Mangel, Fensterregalen, 1,60 breit, 1,62 lang. (3982)

Engelstraße 63 (Gehschl.)

Zu verk. eine Kommode und Badstühl.  
(3936)

**Prodezstr. 52, part.**

2 Herren- u. 1 Damenrad m. Fr. u. Bereife, zu verkaufen. (3937)

Krähenstraße 27.

Zu verkaufen, ein Paar Kinderstühle St. 27 und ein großer Kochtopf zu verkaufen. (3939)

Steinraderweg 28.

Jünglings-Anzug zu verkaufen fast neu gegen Größe 46-48. (3938)

Glandorferstr. 45 II. r.

Feldgr. Hole zu kaufen gesucht. Angebote schriftlich oder abends 5-7 Uhr. (3931)

Scharf, Große Grödelstraße 49.

Zu kauf. gel. Ein- od. Zweifamiliend. m. etw. Gart. (3933)

Ann. u. H. K. a. d. Exp.

Zu kaufen gel. ein niedr. gut erh. Fahrrad m. Freil. (3935)

Ang. u. Z. O. a. d. Exp.

**Für Herbergen Fremden - Meldezettel**  
in Block.

**Friedr. Meyer & Co.**

**Quecksilber**  
kauft laufend in großen und kleinen Vollen (3951)

**Ernst Wedekind, Jimenau**  
Bokisch 85.

**Möbel**  
Schlafzimmer  
Wohnzimmer  
Küchen-Einrichtungen  
sowie samtl. Einzel-Möbel

**3. bekannt billigsten Preisen**

**Bereinigte Möbelaufhänger,**  
73 Königstraße 73.  
Teleph. 641. (3962)

**Konsumverein für Lübeck u. Umgeg.**  
e. G. m. b. H.

Nachdem wir für unser Kontorpersonal die durchgehende Arbeitszeit eingeführt haben, ist unser Kontor, **Hausstraße 160, ab 23. Juni 1919** (3955)

**von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 4 Uhr**  
geöffnet.

**Der Vorstand.**

**Die Eisenbahntruppen der Reichswehr stellen noch Freiwillige ein**  
zu den Reichswehr-Bedingungen.  
Verwendung erfolgt bei Panzerzügen, Eisenbahnautomat. usw.

**Glenbäuer, Montiere, Schlosser, Mechaniker, Bautechniker, meldet Euch!**

Das Vaterland braucht Euch dringend!

Nähere Auskünfte und Meldungen unter Vorlage der Militärpapiere, polizeilichem Führungszeugnis und Einwilligungserklärung des Vaters (bei Minderjährigen) vormittags von 9-12 Uhr.

**Werbezentrale Lübeck, Marii-Kaserne.**  
Auch Ruhebiente werden einberufen! (3948)

**Pa. Buchen- u. Kiefernholz**  
in rm, in Kloben gesägt, groß und feingespalten, liefert durch eigene Sägerei und Spaltvorrichtung frei Haus für den Winterbedarf (3957)

**F. W. Tietz, Pelzerstraße 24.** Fernruf 943

# Werbe-Zentrale Lübeck

Markt-Kaserne, Stabsgebäude  
nicht für die

## Reichswehr.

Wünsche um Zuweisung zu bestimmten Truppenteilen werden berücksichtigt.

### Reichswehrbrigade IX. Armeekorps.

Truppenteil	Bestand	Verpflichtung
Mollensburgerisches Reichswehr-Inf.-Regt. 17 mit Inf.-Begleitbatt.	(Grenadier-Regt. 89) (Füsilier-Regt. 93) (Keldartl.-Regt. 24)	Schwerin
Schleswig-Holsteinisches Reichswehr-Inf.-Regt. 18 mit Inf.-Begleitbatt.	(Inf.-Regt. 84, 102 u. 168) (Keldartl.-Regt. 15)	Schleswig-Holstein
Mecklenburgisches Reichswehr-Jäger-Batl. 9	(Jäger-Batl. 9 u. 14)	Schleswig-Holstein
Schleswig-Holsteinisches Reichswehr-Inf.-Regt. 20	(Keldartl.-Regt. 9, 24, 45 u. 60)	Schleswig-Holstein
Reichswehr-Inf.-Abt. 11	(Inf.-Abt. 12 u. 18)	Schleswig-Holstein
Schweres Reichswehr-Inf.-Regt. 9	(Fußart.-Regt. 20)	Schleswig-Holstein
Schleswig-Holsteinisches Reichswehr-Montier-Batl. 9	(Pionier-Batl. 9)	Schleswig-Holstein
Stabs- und Nachr.-Abt. 109	(Nachr.-Abt. 3)	Schleswig-Holstein
Feldernährungskomp. 9		Schleswig-Holstein
Reichswehr-Kav.-Regt. 9	(Drag.-Regt. 17 u. 18) (1. Hul.-Regt. 16)	Schleswig-Holstein
Brigade-Stabs- u. Nachr.-Abt. 9	(Tram.-Batt. 9)	Schleswig-Holstein

Für diese zwei Truppenteile finden Anwerbungen, da überfüllt, einstweilen nicht statt. (3970)

Weitere Werbeposten für die Reichswehr im Besitz der Werbezentrale Lübeck:

**Stabs:** Kurtzke Spethmann, Kriegerstraße.  
**Neuburg i. S.:** Reichspolizeier Howe, Am Osterbusch.  
**Obdöhring i. S.:** Amtsgeschäftsführer Grade, Hohensteinstraße.  
**Burg a. Fehmarn:** Leutnant d. Res. Martens.

Militärpioniere und polizeiliche Führungsbeamtene mitbringen.

**Drucksachen aller Art.**  
fertigt an  
Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.

## Arbeiter, Angestellte, Beamte!

### Oeffentlicher Vortrag

#### „Das Räteystem“

von  
Herrn Ingenieur P. Ehrecke-Berlin  
am Donnerstag, dem 26. Juni 1919  
abends 7 1/2 Uhr

im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße.  
Nach dem Vortrage freie Aussprache.

### Zentrale für Heimatdienst.

(Arbeitsgem. für Volksaufklärung)  
NB. Der angeländete Vortrag des Herrn Ing. Fr. Ehrecke-Berlin von Seiten des Arbeiterrats findet nicht statt, da die Anzeige auf einem Missverständnis beruht. (3968)

## Achtung!

### Industrie-, Handels-, Bureau- u. Staatsangestellte

### Oeffentlicher Vortrag

von Herrn Ingenieur F. Ehrecke-Berlin, über:  
„Die Angestellten im neuen Staatsleben“  
am Freitag, d. 27. Juni 1919, abends 6 1/2 Uhr,  
im Grünen Saal des städtischen Saalbaues.

### Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände.

Band der technisch-industriellen Beamten, Deutscher Hochschul- und Arbeiter-Verband, Deutscher Arbeiter-Verband, Deutscher Beamten-Verband, Deutscher Buchhändler-Verband, Deutscher Eisenbahner-Verband, Deutscher Journalisten-Verband, Deutscher Lehrerbund, Deutscher Maschinenbauarbeiter-Verband, Deutscher Metallarbeiter-Verband, Deutscher Postbeamten-Verband, Deutscher Telegraphen-Verband, Deutscher Versicherungsbeamten-Verband, Deutscher Telegraphen-Verband, Deutscher Telegraphen-Verband, Deutscher Telegraphen-Verband.

## Kolosseum

Jeden Mittwoch:  
**Großer Ball.**  
Beginn 6 Uhr. (3954) Heinrich Ochs.

## Friedrichshof.

Mittwoch, den 25. Juni:  
**Groß. Tanzkränzchen.**  
Beginn 7 Uhr. (3948) Aug. Busch.

Es laden freundlich ein

# Hotels Restaurants Pensionate

Tischtuchkrepp von Stück Meter	1.30 breit Kilogramm 6.50	75
Papierservietten gekloppt	100 Stück 3.50	250
Krepppapier in Rollen 2,50 m lang, 50 cm br.,	125 75 30	15
Tischtuchkrepp 5 m lang, 1 m breit	..... Rolle	225
Serviettentaschen Stück	.....	30

Bei Abnahme größerer Quantitäten Preisermäßigung.

Toilettepapier „Falke“	..... 25
in Rollen „Germania“	..... 60
„National“	..... 70
„Zelltex“	..... 75

Rudolph **KARSTADT** Kom. Ges.

Zu verk. 1 fast neuer Beddige-  
rohe-Rindermagen. Kaiserstr. 8.  
(3954)

Zu verkaufen 1 Sportkarte.  
Stöckelhof.  
(3941) Ahrenshöfer Straße 131.

## Mann oder Frau

für Blätter-Aannahme und Ab-  
sendung an uns in jeder Druckschrift,  
in welcher wir bisher keine An-  
nahmestelle haben, bei hoher Ver-  
gütung gesucht. Die Blätter  
werden durch uns angeworben.  
Torfwerk Schulp, G. m. b. H.  
(3956) Nortorf i. Holst.

## Arbeiterrat.

### Versammlung des Arbeiterrats

am Donnerstag, dem 26. Juni  
nachmittags 6 Uhr  
im Bürgerschaftssaal.

Vortrag des Ingenieurs Ehrliche  
über Räteystem.  
(3923) Der Vollzugsausschuß.

Zu verk. eine seidene Blinde,  
Mittelmare, ein Paar Herren-  
Stiefel, 42, zu verk. (3945)  
Am Brink 106.

Junge Karinden und heller  
Sommerhut billig z. verk. (3968)  
Moislunger Allee 47.

## Deutscher Transportarbeiter-Verb.

Ortsverwaltung Lübeck.

## Versammlung der Obleute

ämtlicher Sektionen  
am Mittwoch, dem 25. Juni  
abends 7 1/2 Uhr

im „Gewerkschaftshaus“  
Tagesordnung:  
1. Wahl.  
2. Agitation.

Erscheinen dringend erforderlich!  
Die Ortsverwaltung.

## Sektions-Versammlung

der  
Hausdiener, Fensterputzer  
und Austrägerinnen  
am Mittwoch, dem 25. Juni  
abends 7 1/2 Uhr

im „Gewerkschaftshaus“  
Tagesordnung:  
1. Stellungnahme zu unserer  
Lohnbewegung.  
2. Bericht des Sektions-  
Vorstandes.

Vollständiges Erscheinen der  
Kollegen und Kolleginnen ist  
unbedingt erforderlich.  
Mitgliedsbücher müssen vorge-  
zeigt werden.  
(3965) Die Ortsverwaltung.

## Sozialdemokratische Frauen.

**Versammlung**  
am Donnerstag, dem 26. Juni  
abends 8 Uhr

im „Gewerkschaftshaus“  
Tages-Ordnung:  
1. Abrechnung.  
2. Festsetzung der Ausflüge.  
3. Bericht des Sektions-  
Vorstandes.  
(3924) Die Einberuferin.

## Volks-Kino

Bürgerverein, Königstrasse 25.  
Nur Erstaufführung!

## Das Grubengeheimnis.

Erster Teil.  
Ein Drama nach dem Roman von Max Pemberton, in 2 Teilen.  
Dieser gewaltige Schlager kommt  
am Dienstag, dem 24. Juni 1919  
hier zur Vorführung. Das Grubengeheimnis ist ein Schlager,  
der alle Schlager schlägt, der alles bisher Dagewesene in den  
Schatten stellt.  
Kein Sittenroman! Kein Auslandsfilm!  
Ein Werk mit gewaltiger Tragik!  
Keiner darf saume, dies gewaltige Werk anzusehen!  
Außerdem das übrige spannende Programm.  
Um dem Namen „Volks-Kino“ gerecht zu werden, fühle ich  
mich veranlaßt,  
jeden Montag und Donnerstag  
**Volksvorstellungen**  
zu geben, mit einem Einheitspreis von 1.20 Mark für sämt-  
liche Plätze und ungefülltem Programm.  
Jeden Sonntag von 2-4 Uhr Kindervorstellung mit nur  
erkaffigsten Filmen, die für Jugendvorstellungen von der Zensur  
freigegeben sind. (3924)

## Das verlorene Paradies

oder Sklaven der Leidenschaft.  
Großes russisches Sittendrama in 4 Akten.  
Beichte einer Komtesse, eine großartige Pundlung voller  
Spannung und furchtbarer Lebenswahrheit.

## Das Kloster von Sendomir.

Ein gewaltiges Sittendrama nach der Novelle von Franz  
Grillparzer in 5 Akten.  
In der Hauptrolle: Ellen Richter.  
Dieser Film übertrifft weit das Niveau des sonst im Kino  
Gebotenen durch die straffe Durchführung der Handlung,  
eine meisterhafte, von feinem Gefühl und starkem Können  
gezeigte Regiearbeit Rudolf Weisers und die ausge-  
zeichnete Darbietung. (3967)

## Das Kloster von Sendomir.

26 1/2 bis 10 Uhr: Vorzügliches Theater-Orchester.  
Zu jedem Film erstklassige musikalische Begleitung.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Lübeck.

### Mitglieder-Versammlung

am Mittwoch, dem 25. Juni  
abends 7 1/2 Uhr  
im „Gewerkschaftshaus“  
Johannisstr. 50-52.

Tagesordnung:  
1. Bericht vom Verbandsrat.  
Referent: Rolf. Bromms.  
2. Bericht des Sektions-  
Vorstandes.  
(3947) Die Lokalverwaltung.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband

Ortsverwaltung Lübeck.

### Versammlung

#### der Bauhelfer

am Mittwoch, dem 25. Juni  
abends 7 Uhr  
im Gewerkschaftshaus.

(3963) Die Ortsverwaltung.

## Hausfrauenverein.

### Mitglieder-Versammlung

am Mittwoch, dem 25. Juni  
nachmittags 5 Uhr  
im Blüdersaal  
der Gemeinnützigen Gesellschaft

Tagesordnung:  
1. Jahres- und Kassenbericht.  
2. Allgemeine Mitteilungen.  
3. Stellungnahme zur Haus-  
angestelltenfrage.  
4. Vorführung des Kochapparats  
„Brenn-Lex“. (3958)

## Luftluft

Morgen: (3971)

## Großer Ball.

Gesellschaftshaus Marli  
Morgen Mittwoch:

## Großer Ball.

(3960) Fr. Plötz.

## TANZA THEATER

Dienstag: Prinz u. Bettlerin.  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
Jahrelang verboten, jetzt frei!

## „Zapfenstreich“.

Militär drama v. Fr. A. Beyerlein.  
Donnerstag: Prinz u. Bettlerin  
Freitag: Zapfenstreich. (3926)

## Stadthallen-Theater

Lübeck. (3944)

## Frühlingsluft.

Operette in 3 Akten nach  
Motiven von Josef Strauß.  
Mittwoch, den 25. Juni:  
nachmittags 4 Uhr,  
im Stadthallengarten:

## Großes Konzert

Abends 7 1/2 Uhr:  
**Emilia Galotti.**  
Donnerstag, den 26. Juni,  
**Nanon.**

Freitag, den 27. Juni,  
**Die Heirat.**

## Verammlung der Lübecker Bürgerschaft.

Beginn 8,25 Uhr.  
Der Wortführer gibt bekannt, daß die Regierung den Friedensvertrag bedingungslos habe unterzeichnen müssen (Dr. Wittner: Wui!) Er hofft aber, daß trotzdem das Beste für das deutsche Volk herauskomme. — Der Senat hat sein Votum über die Befreiung vom Militärunterricht zurückgezogen. Er wird aber eine Vorlage an die Bürgerschaft bringen.

Die Staatsanwaltschaft wehrt sich in einem Schreiben gegen Plankhafer's Ausführungen über geheime Pferdeschlachtungen usw. Die nötigen Schritte in dieser Beziehung seien rechtzeitig unternommen. — Dr. Meyer-Lürßen (Dem.) stellt einen Antrag über Ertrag von Schäden bei Zusammenrottungen. — Plankhafer (Soz.) stellt einen Antrag über Schadensersatz bei den Fleischentkäufen. — Die republikanische Soldatenwehr wünscht eine monatliche Teuerungszulage von 60 Mk. Dregger (Soz.) beantragt Ueberweisung an den Bürgerausschuß. — Der Arbeiterausschuß des Drägerwerkes fordert Abbau der Preise und Bekämpfung des Wuchers. Wolfradt (Soz.) erhebt diese Eingabe zum Antrag. — Die Arbeiterfrauen erheben um Erhöhung der Familienunterstützung. Dregger (Soz.) nimmt diese Eingabe als Antrag auf. Die Anträge werden dem Bürgerausschuß überwiesen. — Lübecker Wirte fordern Erstattung der Schäden bei den Plünderungen. — Der Jungendausschuß der Arbeiterjugend hat ebenfalls eine Eingabe über Verbesserung der Lage der Jugend eingereicht. Auf Antrag Dregger (Soz.) wird der Antrag dem Bürgerausschuß überwiesen.

Senator Kulenkamp gibt die Unterzeichnung des Friedens bekannt und verliest eine Senatserklärung zu diesem Akt. Dr. Görz (Dem.) erhebt schärfsten Protest gegen den Schandfrieden. Nur Hingabe ans Vaterland und Gemeinwesen könne uns trösten.

Dr. Wittner (Deutschn.) erklärt, die Nationalversammlung habe das deutsche Volk geschändet. (Woi! bei den Soz.) In freudigem Gegensatz sehe die Tat der deutschen Matrosen in England.

Dregger (Soz.) verweist auf die Verwandtschaft der Vorredner mit den Weltverbessern auf der Gezeimte. Latkraft und Wiberland werde das deutsche Volk retten. Wer das deutsche Vaterland wieder mit aufrichten wolle, müsse mehr Verständnis für die Arbeiterklasse zeigen. Den Auspruch Dr. Wittners über die Nationalversammlung weist Redner scharf zurück und bedauert die Tat in England.

Dr. Meyer-Lürßen (Dem.) protestiert gegen die Worte Dreggers. Sie trügen nicht zur Versöhnung bei. Die Sozialdemokratie habe bis in die letzten Tage den Frieden abgelehnt, während die Demokraten den Ehrenstandpunkt gewahrt hätten.

Plankhafer (Soz.) bedauert Dr. Wittners Ausführungen, die diese Härte ausgelöst hätten.

Der Senat gibt bekannt, daß er in den nächsten Tagen dem Bürgerausschuß Anträge betr. die Fährungskommissionen überweisen werde.

1. Antrag: Grunderwerb für die Gleisverbindung zwischen der Schlüterer Brücke und dem Konigsbahnhof.

2. Antrag: Erwerb von Landflächen des Fiegeleibeholders Wegner zu Buntkuh.

3. Antrag: Erhöhung des Staatszuschusses zu den Kosten der Krankenkasse für Lübedische Beamte.

Caschöhm (Soz.) wünscht auch die Seminaristen in eine Krankenkasse aufgenommen. Vielleicht könnten sie in die Kasse der Beamten eingereiht werden.

Timmermann (Soz.) fragt, wie es mit der etatsmäßigen Anstellung der nicht ständig angestellten Bureaugehilfen bestellt sei. Ferner rügt der Redner die Kündigung eines Familienvaters beim Steueramt, obwohl dort noch viele Ueberstunden gemacht werden.

Vom Senat wird mitgeteilt, daß die Seminaristen bisher einen vorzeitigen Wunsch nicht geäußert hätten. Einer Aufnahme in die Kasse sehe nichts im Wege. Die Aufnahme von Bureauangestellten in etatsmäßige Stellen ziehe weitere Kreise und werde allgemein geprüft. Der Vorwurf gegen die Steuerbehörde sei unbegründet. Der betr. Angestellte sei nur auf bestimmte Zeit angestellt worden. Man sei bemüht ihn zu erhalten. Die

Steuerbehörde werde jetzt sehr stark in Anspruch genommen, so daß sich Ueberstunden nicht ganz vermeiden lassen.

Der Senatsantrag wird angenommen.

4. Antrag: Bildung einer Einwohnerwehr.

Die Eingabe der Wirte wird mit zur Beratung gestellt. Etwa 20 Wirte stellen volle Schadenersatzforderungen. Es wird gefordert, die Sicherheitswehr habe sich als Rückendeckung der Minderer erwiesen und nur die organisierte Arbeiterschaft sei erfolgreich tätig gewesen. Die Wirte verlangen auch Entschädigung für Verdienstausfall. An Stelle der disziplinierten Sicherheitswehr müsse eine gut bewaffnete Einwohnerwehr treten. Unterzeichnet ist die Eingabe vom Rechtsanwalt Dr. Vermeiren.

H. Löwig (Soz.) tritt für den Senatsantrag ein, wünscht aber einige Abänderungen. Insbesondere könne er nicht dafür eintreten, daß 20jährige Fährungssteilnehmer aufgenommen werden. Die Aufnahmekommission müsse paritätisch zusammengesetzt sein, damit die Einwohner im Verhältnis ihrer Stärke in der Wehr vertreten sein können. Für Dienstbeschädigungen müsse voll aufgefunden werden.

Dr. Meyer-Lürßen (Dem.) fordert dringende Maßnahmen für Arbeit, Ruhe und Ordnung. In die Spitze der Wehr müsse eine verantwortungsvolle Persönlichkeit, die volle Neutralität pflege. Alle Kreise müßten vertreten sein und gegenseitig Vertrauen gewinnen. Eine zahlenmäßige Ueberzahl bestimmter Gruppen dürfe nicht eintreten. Die demokratische Fraktion fordere ferner Ertrag des Staates für die Plünderungen. Der Staat und die Gemeinde haften nicht für Schäden durch Plünderer. Auch private Leute seien geschädigt, die wilden Fährungskommissionen hätten geraubt und geplündert. Da die Behörden verfaßt hätten, müßte der Staat doch die Schäden ersetzen. Dadurch werde die Schadenersatzleistung der Täter und ihre Strafe nicht aufgehoben. Kommittee erhebe keine Fraktion Einspruch gegen die Fährungskommission. Eine solche Kommission sei ungeschicklich. Auch die Senatsverordnung über die Fährungskommissionen sei ungeschicklich. Redner rät jedem, der Kommission den Zutritt zu verweigern und sie beim Staatsanwalt anzuzeigen. Im Falle der Gewalt seitens einer derartigen Kommission könne Gewalt angewandt werden. Die Reichsrechte seien heute noch hierüber geltend. Alle hätten ein Interesse an Kontrolle und gleichmäßige Verteilung, aber die Kontrolle müsse auch entsprechend ausgeübt werden. Wenn es schon nicht möglich sei, so müsse doch ein gemeinsamer Besuch gemacht werden, um zu erträglichen Zuständen zu kommen. Unter Kontrolle der Behörden könnten Räume untersucht werden. Dann müsse die Behörde das Erforderliche veranlassen. Die Forderung sei eine paritätische Zusammensetzung der Kommission und eine Kontrolle in allen Volksteilen. Habe es doch schon geheissen, daß bei Arbeitern Sachen untersucht seien. Vor allem müsse die Bürgerschaft in allen Maßnahmen gehört werden. Eine nachträgliche Genehmigung könne nicht stattfinden. Der Senat müsse die Verordnung zurückziehen. Gegen das Gesetz dürfe man nicht Gefangene befrieren. Man müsse die Gefangenenwärter bewaffnen.

Plankhafer (Soz.) nimmt seine Aussagen zurück, daß gegen den Pferdeschlachter Dose nichts unternommen sei. Allerdings müsse er sagen, eine wirkungsvolle Maßnahme habe man gegen Dose nicht unternommen. Ueber die Verantwortlichkeit für Lieferung des schlechten Pferdesfleisches sei noch keine Klärung erfolgt. Auf jeden Einwohner entfalle eine Summe von 85 Mk., da sei es notwendig, den Haftbaren zu suchen. Ferner müsse man Maßnahmen treffen, um solche Wiederholungen derartiger Einfälle zu vermeiden.

Haut (Soz.) findet die Erregung begreiflich. Das Landesverwaltungsamt habe nicht sorgfältig genug gehandelt. Bei Raub und Plünderungen dürfe man von der Waffe wohl Gebrauch machen, aber er könne jedoch wohl beipflichten, daß er nicht auf hungernde Massen schauen lasse. Ein Skandal sondergleichen sei es, daß man eine solche Kost selbst den Gefangenen vorsetzen wolle. Den Wirten müsse man einen Schadenersatz zubilligen, doch entgangene Entschädigung könne man ihnen nicht gewähren. Denn sie seien auch zum Teil auf Schleichhandelswegen zu den Waren gelangt. Für eine Parität der Fährungskommission trete er ein, denn die Parität sei ja auch unter den Spießbüßen vorhanden, unter denen sich auch jng. bessere Kreise befänden hätten. Die ganze Sache sei eine reine Wagenfrage, die hoffentlich recht bald erledigt sein werde.

Senator Dr. Stoß erklärt, bei dem großen Eindrang der Arbeiter habe der Senat unter einer Zwangslage gehandelt. Die Verhandlungen seien so sehr erregt gewesen, daß ihm Derartiges noch nicht vorgekommen sei. Würde der Senat nicht nachgegeben haben, wäre Schlimmeres erfolgt. Trotz der Zusicherungen habe die sicherhafte Stimmung draußen bei den Wartenden angehalten. Der Senat habe eine Vorlage ausgearbeitet, die den Ver-

hältnissen Rechnung trage und das Rechtsgefühl nicht mehr verletze.

Senator Dr. Lienau geht auf die Einzelfälle ein. Am Marztag hätten 500—600 Personen die Freilassung der festgenommenen Plünderer gefordert. Später habe eine Abordnung die Befreiung der wegen geringerer Diebstahlvergehen Inhaftierten gefordert. Die Leute seien wohl vorerhanden entlassen, aber nicht begnadet. Darüber müsse die Justizkommission des Senats entscheiden. Eine paritätische Zusammensetzung der Fährungskommission werde auch von der Behörde erstrebt. Ferner tritt der Redner für das Eintreten auch 20jähriger Fährungssteilnehmer in die Einwohnerwehr ein.

Dr. Wittner (Deutschn.) erklärt, daß sich der Senat durch das Nachgeben bei den Forderungen der Arbeiter auf einer schiefen Ebene befände. Die Forderungen waren ungeschicklich. Durch entsprechende Senatserklärungen hätten sich organisierte Arbeiter zufrieden geben müssen. Die ausschließliche Schuld an der Erregung habe nicht die Pferdeschlachtung. Man habe von Durchstechereien der Beamten in den Gefängnissen gesprochen. Derartige Dinge müßten, falls sie vorkämen, rücksichtslos bekämpft werden. Unser Beamtenamt sei im ganzen nicht bestechlich, aber Uebertreibungen seien vorhanden. Hier dürfe man die Augen nicht in den Sand stecken. Verdorbenes Pferdesfleisch sei nicht zur Kriegsgefangenenkost verwendet worden. Die Dosen seien nur anfänglich dazu aussersehen gewesen; Gefangenenlast zu bergen. Das Fleisch sei nicht alles verdorben gewesen.

Senator Dr. Stoß behauptet gleichfalls, daß Dosen mit gutem Inhalt vorhanden waren.

Dr. Görz (Dem.) erklärt, die demokratische Fraktion stimme dem Antrage Plankhafer zu und ganz zu, um Klarheit über die Pferdeschlachtung zu bekommen. Bei den Zusammenrottungen hätte das verdorbene Pferdesfleisch den Hauptgrund abgegeben. Die ganze Sache habe einen allgemeinen Widerwillen und Vorurteil gegen das Pferdesfleisch herbeigeführt. Die Senatsmitglieder hätten sich am 14. Juni in bedrängter Lage befunden, sie dürften aber keinesfalls nachgeben.

Knapf (Soz.) betont, die Behörde habe versagt, deshalb sei die Erregung gekommen. Dem Senat seien die Zugeständnisse nicht abgepreßt worden. Besser wäre es gewesen, wenn der ganze Senat dazugewesen wäre. Die Arbeiterschaft würde es nicht verzeihen, wenn jetzt die Fährungskommission aufgehoben würde. Sie müsse bis zur endgültigen Regelung weiterwirken. (Zuzuf.: Selbstverständlich!) Daß nur einwandfreie Leute in der Fährungskommission wirken, dafür würde die Arbeiterschaft schon sorgen. In der heutigen Kommission seien alle Parteien vertreten, obgleich es sich um eine rein wirtschaftliche Tätigkeit handle. Uebrigens habe die Kommission schon ganz gut gewirkt. In Abrede gestellt werden müsse, daß die Soldatenwehr verlag habe. Wäre die Wehr und Polizei in Aktion getreten, würde es viel schlimmer gekommen sein. Die Befreiung der Plünderer habe nur vorübergehend gewirkt, damit sie ihre Strafreife nicht verfehle. Gewisse Rücksichten auf Kranke usw. müßten bei den Verteilungen des Requirierten genommen werden. 2000 Eier sind bereits erholungsbedürftigen Kindern in Niendorf überwiesen worden. Zu bedauern sei der Extrazuschuß des Reichsernährungsamtes für die Habeorte, wo meistens Drehsen hielten. Ein Zuschuß wäre für die Erholungsanstalten angebracht. Die Pferdeschlachtungsangelegenheit müsse völlig geklärt werden. Die jetzige Fährungskommission arbeite zum Wohle der Allgemeinheit.

Senator Dr. Lienau gibt Auskunft über die Zahl unserer Schutzleute, von denen 109 für den Straßendienst in Frage kämen. Doch seien noch nicht alle gleichzeitig im Dienst. Verlagt habe die Polizei nicht; außerordentlichen Verhältnissen sei man aber nicht immer gleich gewachsen.

Senator Henze macht nähere Angaben, warum der Speck nicht im Rühlsaus gelagert wurde. Die Ware sei damals noch gar nicht in Händen des Landesverwaltungsamtes gewesen. Redner betont, die Forderungen der Arbeiterschaft seien berechtigt gewesen, aber der Senat habe tatsächlich unter einem Zwange gehandelt.

Haut (Soz.) fragt, warum nicht das noch vorhandene gute Pferdesfleisch einer früheren Lieferung herausgegeben werde.

Schulmerich (Dem.) hält den Beamtenstand als unantastbar. Herr Dr. Wittner müsse Beweise bringen.

Frau Hartmann (Dem.) glaubt, daß die Polizeibeamten ihrer Pflicht nicht voll nachkamen. Das habe der Unfall bei Frau Posch und im Schabbelhaufe bewiesen. Rednerin fragt, ob die Einwohnerwehr auch wirklich eine Sicherheit in Zukunft biete und wie sie bewaffnet werden soll.

Senator Henze erwidert auf die Anfrage Hauts, daß der Vorrat des guten Pferdesfleisches für eine allgemeine Verteilung nicht genüge.

## Ein Fehltritt.

Eine Bauerngeschichte aus dem Taunus  
von Fr. Kigel-Mainz.

33. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Da lag sie, nach vorn gestützt, nur wenige Schritte von dem reitenden Ausgange entfernt, ohne Bewegung — leblos. Aus dem dunkelblonden Haar fierte ein Blutpfaden über die weiße Stirne und tropfte hinab auf das schwarze Gesicht, auf welchem ihr Haupt ruhte. Ihr junges Leben hatte sie geopfert, um den Vater vor dem gräßlichen Tode des Jeschmutterwerdens zu bewahren — den Vater, welcher sie versprochen, ihr die Rückkehr in das Elternhaus und an sein Herz mit hartem Sinn verwehrt hatte. Wie stürzte in diesem Augenblick unter der mächtigen Wallung der unersättlichen Liebe zu seinem Kinde, unter dem rasenden Schmerz, das siele versterben zu müssen, das ganze Gebäude seines starren Stolzes zusammen!

Aufstehend warf sich der Mann vor der Bewußtlosen zu Boden, schlang seine Arme um den leblosen Körper und hob den Kopf empor, immerfort stammelnd: „Allmächtiger Gott, nur des nit! Dort, mei lieb Dort, verloh mich nit!“

War es der langentsehnte Ton der Liebe von des Vaters Munde, war es der kühlende Hauch des Märzwindes, der jetzt die Staubwolken zerriß? Dort, dort schlug, während der Vater sie auf den Armen nach dem Ausgang des Steinbruchs trug, die Augen auf, schaute mit glückseligen Lächeln in das angstvolle, über sie geneigte Männergesicht. „Lieb Vater, leid mit doch wieder gut!“ kam es wie ein Hauch von ihren Lippen, dann legten sich wieder die Schatten einer Dinnacht um die Stirne der Verunglückten.

Hilfreiche Hände streckten sich jetzt dem Bauer entgegen, als er mit seiner Last wieder am Ausgang des Bruches erlösen und in wirrem Durcheinander umschwirren ihn die Natilänge, was zunächst für die Dinnachtige zu tun lie. Ohne denselben Beachtung zu schenken, schritt Gottfried Lamprecht nach einer mit nemem smaragdgrünen Mäoche bewachsenen Stelle des sich an der Seite des Bruches hinaufziehenden Hanges, und den Körper dort abens vorwärts auf dieselbe niederlegend, mühte er sich, das immer noch aus den Haaren herortauende Blut mit seinem wassergerichten Taschentuche zu fassen. Der Schäferhänger, der im Dorfe als halber Doktor galt, hatten den glücklicherweise außerhalb des Bereiches der fallenden Steine lebenden Trantwajerzug herbeigeholt und weinte, nachdem er die Kopfwanne dort abens untergebracht hatte.

„Es is jo e gehörig Loch im Kopp, aber des hat mir zu jagel! Wenn sie weiter nit getroffen is worn, dann is se in acht Dag wider jo gesund, wie ein Fisch im Wasser.“

Dabei blickte er überrascht in das Gesicht des Bauern. So hatte er dasselbe in seinem Leben noch nicht gesehen, ohgleich er den Gottfried Lamprecht von Kindesbeinen an kannte. Waren das wirklich Tränen, die über die angstvollen Wangen des eifersüchtigen Mannes rollten? Gehörte dieser hilfseheude, nach oben gerichtete Blick dem stolzen Gottfried Lamprecht? Und kamen von dessen Munde die zitternden, wehen Laute: „Dort, mei lieb Dort, verloh mich nit!“ mit welchen sich der Vater über die bewußtlose Tochter beugte? Distret warnte sich der Schäferhänger ab, unbewußt fühlend, daß er die Angst und den Schmerz eines verzweifelten Vaterherzens ehren müsse.

Als er wieder zum Eingang des Steinbruchs trat, erscholl aus dem Innern desselben die Stimme eines der Arbeiter, der sich hineingewagt hatte.

„Do liegt noch aaner zwische de Staa! Herrgott, sieht der aber böös aus! Ich glaab, es is der Balzer!“

Unter dem Wehen des Märzwindes wurde die das niederbrochene Felsgestein verhüllende Staubwolke immer dünner; jetzt konnte man schon wieder das Gewände übersehen, wo der Abstieg erfolgt war. Ein breiter Riß zog sich dort oben hinauf bis an den von Euschwert bewachsenen Rand der Kluff, über welchen sich kahl, von der Sprengung ihres Untergrundes befreite Baumstämme streckten. Das war die Stelle, die dem Balzer selbst verhängnisvoll geworden war — die von der Kraft des Wunders gelöste Felsmaße hatte einen Nachturz des oben befindlichen Erdreichs bewirkt, hatte die Stelle am Rande des Bruches in die Tiefe sinken lassen, auf welcher der Nordbube stehen geblieben war, um sich an dem Anblick der gelungenen Rache zu weiden. Jetzt lag er selbst, ein blutiger, jeschmutterter Klumpen, zwischen dem schwarzgrauen Gestein — leblos, ein grauenvoller Anblick für die auf den Ruf ihres Kameraden jetzt näherretrenden Arbeiter. Mit Mühe befreiten die Beherztesten der Männer den Verunglückten von einigen auf ihm liegenden schwarzen Felsstücken und schafften ihn nach dem Ausgang des Bruches. Dort kam ihnen der Schäferhänger entgegen, der, nachdem er einen Blick auf den blutigen Körper geworfen und denselben betastet hatte, mit leiser Stimme sagte:

„Do is nit mehr zu mache, der tut kaan Schnauser mehr! Legt ihn uff die Seit un deest er Sad über ihn, bis der Borjermaaffer kommt! Ha ich mirs doch gedocht, daß der was vorhat, wie er heit morgend kam un hat en Schnapsbormel gehatt! War des Dortige nit tomme, ihr Leit, dann wärs mit uns all jetzt Matthai am letzte! Wie haabis im Sprichwort: „Mer dem annern e Grab gräbt, der fällt selbst hinein!“

## Die Stimme des Herzens.

Aus der Scheune des Hörschen Bauerngutes löst sich der Dreischlag der Drescher in den nebeligen Märztagen hinein; mit den lahmhäftigen Klängen mischte sich das Brüllen der Kühe, das Wiehern eines Pferdes aus den langgestreckten, an der Hofseite sich nach dem Wohnhause hingehenden Ställen — Hünergegader, Schnattern von Enten und Gänsen und das Zwitschern der Spatzen Klang darin, und ein aus dem weiten Schuppen neben der Scheune kommendes klapperndes Geräusch berriet, daß die Windmühle, welche die Speru von den Körnern sortiert, in voller Tätigkeit war. — Die Symphonie eines sich in vollem Lebens befindlichen großen Bauernhofes.

Geschäftig schlepten einige Mäde die mit frischgemolkener Milch gefüllten Eimer aus den Ställen nach der Milchammer — ein alter Knecht war damit beschäftigt, mit einem langen Eisenrechen den Mist aus dem Stall auf den mitten im Hof befindlichen Haufen zu schleifen und aus dem offenen oberen Teile der Türe zum Pferdestall nach dem ziemlich einfältigen Gesicht des Pferdeknechts Mathes aus dem Wohnhause hinüber, wo eben die Kärbel mit einer großen Schüssel voll Geflügelkutter auf die Freitreppe trat. „Pip, pip, pip!“ rief sie mit schrillender Stimme in den Hof hinein und streute in weitem Bogen eine Handvoll Körner nach der anderen. Sofort erhob sich eine wilde Jagd der geflügelten Welt nach dem ersehnten Futter; mit weitgepreizten Beinen stürzten von allen Seiten die Hüner gackernd herab und watschelnd und schnatternd stellten sich als die letzten die Gänse und Enten ein, um ebenfalls ihren Anteil wegzukriegen.

Schon zum vierten Male hatte der Mathes zur Stalltüre herausguckt und schüttelte jetzt wie mißbilligend den Kopf, als er immer noch nicht den jungen Herrn auf die Schwelle der Haustüre drüben am Wohnhause treten sah. Dann griff er in die Tasche, holte Messer und eine Halle Kantabaf hervor, von welcher er ein kleines Stückchen abschnitt und dasselbe mit behaglichem Schnurren in den von horstigen Haarstopfeln umgebenen Mund schob. — Gerade ging der mit seiner Mitarbeiter fertig gewordene Knecht vorüber und beugte die Gelegenheit, sich gleichfalls ein Priemchen auszubitten und dabei mit aufgelegten Armen durch die obere Öffnung der Türe in das Innere des Stalles zu gucken, aus dem sich ein unruhiges Stampfen und Wischern vernehmen ließ.

„Die junge Gail könne 's gar nit abwarten, bis sie erauskomme, die schmeißt noch alles forzimmelheilig, ha!“ meinte er dabei. „Mit bene kann sich der Pant in Obacht nemme!“

Fortsetzung folgt.

Senator Dr. Dienau erklärt, die Einwohnerwehr habe alle Funktionen, die zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung nötig sind. Die Frage, ob ihr die Waffen ins Haus gegeben werden, oder ob diese sonst aufbewahrt werden, wird noch geprüft werden müssen.

Schröder (Soz.) hebt hervor, daß sich auch die Anschaffung von Waffen, bei dem Pferdefleischankauf habe vielleicht ein persönlicher Anreiz mitgewirkt.

Der Vorsitzende weist diese Äußerung zurück. Schröder (Soz.) betont, die Schuld an der minderwertigen Fleischverteilung liege vielleicht nicht allein bei Senator Straß, auch die Sachverständigen seien hier beteiligt. Ferner rügt Redner die Zustände beim Fleischverkauf und kritisiert die horrenden Preise für das schlechte Pferdefleisch. Bei der Demonstration hätten auch Demokraten mitgewirkt. Denn alle bisherigen Vorstellungen bei den Behörden seien fruchtlos geblieben. Man solle jetzt nicht das Kleinste Rechtsstipendium bei den Arbeitern suchen, sondern diese Rechtsgrundlagen einmal bei den Arbeitern anwenden. Wenn keine Lebensmittel vorhanden seien, solle man die Bevölkerung rechtzeitig aufklären, aber nichts Verderbliches vorsetzen.

Senator Kulenkamp legt gegen die Andeutungen des Vorredners im Namen des Senats energisch Verwahrung ein.

Dr. Wittmann (Deutschn.) macht auf das Gefährliche aufmerksam, das entsteht, wenn ein Einwohner von seinem gesetzlichen Recht der Notwehr gegenüber der Fahndungskommission Gebrauch macht. Das eigenmächtige Vorgehen des Herrn Knapp bei der Gewehrweisung kennzeichne das Erschüttern des Rechtsbodens, den die Sozialdemokratie doch nicht verlassen wolle. Die Unterlagen für des Redners Ausführungen über die Beamten habe er aus der letzten Bürgerchaftsitzung erhalten. Ferner sei er zu der Überzeugung gekommen, daß es im Reiche nicht mehr so mit dem Wählermentum bestellt sei, wie ehemals. Wo sich Mißstände zeigten, müsse man rücksichtslos zugreifen. Der Hort für volles Vertrauen sei der deutsche Richterstand. Ferner wünscht Redner bei Äußerungen wie derjenigen Schröders ein sofortiges Einschreiten des Vorsitzenden und Bekanntgabe der Geschäftsordnungsfolgen.

Dreger (Soz.) erklärt, was den Sozialdemokraten an Rechtsbewußtsein mangle, ersetzen sie durch klaren Menschenverstand. Der Richterstand habe doch manche Urteile gefällt, die dem Rechtsbewußtsein des Volkes ins Gesicht geschlagen hätten. Die Beruhigung der Massen habe doch bessere Erfolge gezeitigt als wenn man nach dem Buchstaben des Gesetzes gehandelt hätte. Es sei auch viel besser, die Schutzgewalt in verschlossenen Kisten zu lassen, als sie gegen Fahndungskommissionen anzuwenden. Bei Kritik und Lob des Beamtenstandes dürfe man nicht vergessen, daß sich der kleinere Beamte insbesondere erst seit der Revolution als Mensch fühle. Eine gute ökonomische Grundlage sei das beste Mittel gegen Bestechungen. Zum Schluß hofft Redner, daß der internationale Sozialismus die Rettung des Volkes bringe.

Schlemann (Dem.) erklärt, daß durch die Einlagerung des Speckes in Kaufmannshäusern keine Verteuerung stattfinde. Wird z. B. der Pferdefleischankauf durch sachverständige Kaufleute erfolgt, wurden wir diesen Verlust nicht haben. Eine sachverständige Empfangnahme sichere auch vor unnötiger Verteuerung.

Hagelstein (Soz.) hebt hervor, die Polizei habe in Trauvereine voll und ganz ihre Pflicht erfüllt. Die Erregung hätte durch rechtzeitigen Ankauf angebotener Nahrungsmittel unterbunden werden können. In Warnemünde hätten die Fischer ihre

Fänge wieder ins Wasser geworfen. Gegen solche Vorgänge müsse man sich wenden.

Prof. Dr. Roth (Deutschn.) fragt, was denn eigentlich bei den ganzen Fahndungen herausgekommen sei. Bisher doch recht wenig. Dann müsse auch gefragt werden, wie die Verteilung erfolge.

Knapp (Soz.) wird die Anfrage des Vorredners in der nächsten Sitzung beantworten. Den Kurzgästen sollte man nicht soviel durch die Finger sehen.

Der Abänderungsantrag Ab. Löwig, nur Leute vom 24. Lebensjahre ab wird abgelehnt, derjenige des Bürgerausschusses angenommen. Danach können auch 20jährige Feldzugs Teilnehmer betreten.

Über die eben vorgenommene Abstimmung ergibt sich eine längere Debatte, da das Resultat auf einer Zufallsmeinung beruht. An dieser Debatte beteiligen sich u. a.: Dreger, Ab. Löwig, Haut, Planchafer (Soz.), die entschieden ein höheres Alter zum Eintritt in die Einwohnerwehr fordern. Es müßten erfahrene und ruhige Leute genommen werden. Von Dr. Görz (Dem.) und vom Senatstisch wird für Annahme des Gesetzes eingetreten, da es sich um eine wichtige Vorlage handle. Eine Verpflichtung zur Einlieferung der jungen Kriegsteilnehmer liege ja gar nicht vor.

Die Senatsvorlage wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Es bedarf noch der zweiten Lesung.

Der Antrag Meyer-Lürken um Schadenersatz wird dem Bürgerausschuß, der Antrag Planchafer über die Pferdefleischangelegenheit wird einer Kommission überwiesen.

Dr. Görz (Dem.) erklärt namens seiner Fraktion, daß sie den Antrag über die 20jährigen Kriegsteilnehmer fallen lassen, um die Vorarbeiten in Angriff nehmen zu können. Damit sind auch die Sozialdemokraten einverstanden. Am nächsten Montag findet die zweite Lesung statt.

Schluß 11 Uhr.

## Gewerkschaftsbewegung.

**21. Generalversammlung des Deutschen Bergarbeiterverbandes.** Bei Festsitzung der neuen Gehälter wurde von Quade-Krey namens der Unabhängigen die Erklärung abgegeben, daß seine Freunde gegen die Bemittlung der Gehälter für den Vorstand stimmen würden, da alle ihre Bemühungen um eine Reform des Vorstandes gescheitert seien. Die Wahlen haben die Wiederwahl des alten engeren Vorstandes ergeben. Bestimmt haben von 288 Stimmberechtigten 178. Der Stimmabgabe enthielten sich 79 Unabhängige. Erster Vorsitzender wurde wieder Seckle mit 173, zweiter Vorsitzender Hüsemann mit 176 Stimmen. Redakteur Wagner wurde mit 178 Stimmen wiedergewählt. Die in den erweiterten Vorstand (Beisitzer und Kontrollausschuß) gewählten Unabhängigen lehnten die Wahl ab. Es wurden sofort die zunächst auf der Liste Stehenden aus den Reihen der Mehrheit gewählt. Die Opposition hat eine völlige Niederlage erlitten.

## Aus Nah und Fern.

**Lebensmittelanruhen in Berlin.** In der Entrüstung über die hohen Lebensmittelpreise, besonders über die Preise für

Kirschen und Erdbeeren (in Lübeck werden über 3 Mark verlangt!), zogen mittags etwa 500 Personen beiderlei Geschlechts durch die Invaliden- und Brunnenstraße und plündernten dort vor allem die Lebensmittel- und Fleischarbeiten. Etwa eine halbe Stunde später drangen die Demonstranten in den Wochenmarkt ein, der auf dem Grundstück Müllerstraße 33 abgehalten wurde und beraubten dort die auf Schragen ausgelegten Waren. Im Laufe des Nachmittags in der vierten Stunde kam es zu schweren Ausschreitungen in der Markthalle in der Invalidenstr. Ecke Adlerstr. In allen Fällen wurden Reglertruppen herangezogen, die die Ruhe wieder herstellten. Die Plünderungen im Norden Berlins nahmen in den späten Nachmittagsstunden ihren Fortgang. Besonders wurden in Mitleidenschaft gezogen die Invaliden-, Brunnen- und Badstraße. Militär und Mitglieder der Einwohnerwehr und die Polizei war zurzeit damit beschäftigt, immer wieder sich bildende Zusammenrottungen und Ausläufe zu zerstreuen.

**Gattenmord und Selbstmord.** In einer Pension in Stettin erschoss eine Frau ihren Mann und tötete sich dann selbst durch einen Schuß in die Schläfe. Es handelte sich um den Guisebühler Walter Schied und seine Frau Walli. Das Ehepaar war bis vor kurzem in Fürstenwalde ansässig. Die Frau soll die Tat aus Verzweiflung begangen haben, weil ihr Mann die Scheidung gegen sie beantragt hat.

**Drei Personen ertrunken.** In Neumühl ist die verheiratete Tochter des Eisenbahnbediensteten Marey beim Baden in der Oder ertrunken. Ihr Vater und ihr Bruder, die sie zu retten versuchten, sind gleichfalls ertrunken.

**Die Plünderungen in Kassel und Mannheim.** Aus Kassel wird über die Vorgänge, die zur Verhängung des Belagerungszustandes geführt haben, gemeldet: Vereinzelt fragwürdige Elemente rotteten sich mittags zu Plünderungen zusammen, die bestartig planmäßig ausgeführt wurden, daß man die jeweilige Plünderung eines Geschäfts bald nach Beginn aufgab und ihre Fortsetzung dem Janhagel überließ. Nach den Plünderungen im Zentrum raubte man nachts auch mehrere Warenhäuser in der Altstadt aus. Die Sicherheitsorgane waren fürs erste völlig machtlos und beschränkten sich auf die Sicherung der öffentlichen Gebäude. Die Schließereien dauerten bis Mitternacht an und es gab eine Anzahl Tote und Verwundete auf Seiten der Ruhestörer, während die Sicherheitsmannschaften nur zwei Verletzte meldeten. In Mannheim fanden am Sonntag schwere Zerstörungen und Plünderungen statt. Auch das Schloß, das jetzt als Kaserne dient, wurde angegriffen. Es gab wie gemeldet 11 Tote, 38 Schwerverletzte und 20 Leichtverletzte.

**Raub.** Der Techniker Heide, der zur Entlohnung städtischer Arbeiter mit 3000 Mark durch den Wald Buchhorst bei Salzwedel ging, wurde von Räubern überfallen und durch Messerstiche getötet. Die Mörder raubten das Geld und warfen die Leiche dann in einen Teich. Zwei der Tat verdächtige städtische Arbeiter, Vater und Sohn, wurden verhaftet.

**Franz v. Vitz.** Der bekannte Strafrechts- und Völkerrechtslehrer v. Vitz ist in Seeheim an der Bergstraße im 69. Lebensjahr gestorben.

**Die Weithilfsprache Jdo in Ungarn.** Die ungarische Sozialregierung führte offiziell das Jdo an der Wissenschaftlichen und Technischen Universität in Budapest ein, weil diese Sprache geeignet sei wegen ihrer wissenschaftlichen Vollkommenheit und leichten Erlernbarkeit ein universales Verständigungsmittel für alle Proletarier der Welt zu werden.

## Abfah von Frühkartoffeln, Gemüse u. Obst.

(Siehe Verordnung des Bundesrats über die Errichtung von Preisprüfungsstellen usw. vom 25. September 1915, R.-G. Bl. S. 607.)

Mit Zustimmung hohen Senates wird verordnet für:

1. Die Stadt Lübeck und ihre Vorstädte.
2. Die eingemeindeten Orte Krempeledorf, Borwerk, Moikling, Genin, Jiraelsdorf, Gohmund.
3. Die Landgemeinden Schönböden, Niendorf, Ober-Büßau, Nieder-Büßau, Borrhade, Wulfsdorf.

§ 1.

Der Kleinverkauf von Frühkartoffeln, Gemüse und Obst darf nur stattfinden:

1. In der Markthalle.
2. in offenen Verkaufsstellen.
3. auf der Straße.

Der Erwerber darf diese Waren beim Erzeuger weder abholen noch abholen lassen. Soll dieser Vorbehalt zuwider Ware abgeholt werden, so darf der Erzeuger sie weder ausständig noch ausständig lassen.

Wer Frühkartoffeln, Gemüse oder Obst verkauft, darf sie dem Verbraucher weder zuführen oder zufahren lassen, noch zubringen oder zubringen lassen.

Ausnahmen von diesen Bestimmungen können im einzelnen Falle zulassen:

1. für Frühkartoffeln die Landeskartoffelstelle (Königstr. 18),
2. für Gemüse und Obst die Landesstelle für Gemüse und Obst (Untertrave 60).

Handlungen, die nach dem Vorstehenden dem Erwerber, dem Erzeuger oder dem Verkäufer verboten sind, dürfen auch nicht in deren Namen oder Auftrage von anderen vorgenommen werden.

§ 2.

In der Markthalle zu Lübeck dürfen Frühkartoffeln, Gemüse oder Obst nicht an Wiederverkäufer oder Großverbraucher feilgeboten oder verkauft werden.

Die Landesstelle für Gemüse und Obst (Untertrave 60) kann für Gemüse oder Obst, das mit der Bahn ankommt, Ausnahme gestatten.

§ 3.

Auf dem Großmarkt am Holtentor zu Lübeck darf nur an Personen feilgeboten oder verkauft werden, die von der Landesstelle für Gemüse und Obst zum Kauf dorthin zugelassen sind. Nur Kleinhändler mit und Großverbraucher von Frühkartoffeln, Gemüse und Obst dürfen zugelassen werden. Kleinhändler ist, wer nur unmittelbar an den Verbraucher absetzt.

Ueber die Zulassung wird nach freiem Ermessen entschieden. Sie kann jederzeit widerrufen werden.

Der Antrag ist auf amtlichem Verdruck bei der Landesstelle (Untertrave 60) einzureichen. Händler haben ihren Gewerbeschein vorzulegen. Der Zugelassene hat die in der Antragsurkunde eingegangene Verpflichtung zu erfüllen.

Ueber die Zulassung wird eine Erlaubnisurkunde ausgestellt, die als Ausweis gegenüber der Marktaufsicht und den Verkäufern dient. Sie darf nur von dem Zugelassenen benutzt und keinem anderen zur Benutzung ausgehändigt werden.

§ 4.

Wer in der Markthalle oder auf dem Großmarkt am Holtentor Ware feilbietet, hat jedem zum Kauf derselben Zugelassenen, der sich zum Erwerb erbietet, gegen Bezahlung von seinem unterkauften Beständen an Frühkartoffeln, Gemüse oder Obst abzugeben.

Vorbestellungen dürfen nicht angenommen werden.

§ 5.

Der gewerksmäßig als Erzeuger oder Händler Frühkartoffeln, Gemüse oder Obst absetzt, hat den Bestimmungen des Polizeiamtes, des Landesverwaltungsamtes, der Preisprüfungsstelle und der Marktaufsicht jederzeit und auf Verlangen Auskunft darüber zu geben, an wen er Frühkartoffeln, Gemüse oder Obst absetzt oder abgesetzt hat und unter welchen Bedingungen.

§ 6.

Das Landesverwaltungsamt kann Zusatzbestimmungen allgemeiner Art erlassen.

§ 7.

Zwischenhandlungen gegen diese Verordnung werden nach der Verordnung des Bundesrats mit Geldstrafe bis zu 5 Mark oder mit Gefängnis bis zu 1500 Mk. bestraft.

Anträge auf Grund der §§ 1, 2, 3 können sofort gestellt werden, im übrigen tritt die Verordnung am 8. Juli 1919 in Kraft.

Lübeck, den 23. Juni 1919. (3920)

## Das Landesverwaltungsamt.

### Ordnung für den Markt am Holtentor.

Am Grund des § 69 der Gewerbeordnung wird verordnet:

§ 1.

**Waren.**

Auf dem Markt am Holtentor dürfen nur Frühkartoffeln, Gemüse oder Obst verkauft werden.

§ 2.

**Platz.**

1. Dem Marktverkehr dienen (Marktplatz):

- a) der ehemalige Bahnhofsvorplatz östlich des alten Bahnhofes,
- b) die Straße gleicher Richtung westlich der Holtentortürme,
- c) die nördlich der Tortürme und des Bismarckdenkmals verlaufende ehemalige Zufahrtsstraße zum Bahnhof.

2. Zur Aufnahme der Marktwaren dient, soweit der Marktplatz dafür nicht ausreicht, der alte Eisenbahnweg, der alte Eisenbahnweg neben der Bastion Holtentor, Fußweg und Radfahrweg müssen freibleiben.

§ 3.

**Zeit.**

1. In jedem Werktag wird Markt abgehalten, in der Zeit vom 1. Oktober bis 30. April jedoch nur Dienstags, Donnerstags und Sonnabends.

2. Die Marktzeit dauert von 5 bis 9 Uhr morgens, die Verkaufszeit von 6 bis 8 Uhr.

§ 4.

**Verkaufsplätze.**

1. Die Verkaufsplätze werden von dem Aufsichtsbeamten angewiesen. Zum Feilhalten und Verkaufen vom Wagen aus bedarf es besonderer Erlaubnis.

2. Es ist verboten, einen Verkaufsplatz eigenmächtig einzunehmen, einem anderen Marktbesitzer zu überlassen oder mit ihm zu teilen, die festgesetzte Grenze zu überschreiten oder außerhalb des angewiesenen Platzes zu verkaufen.

3. Für die Anweisung eines Platzes wird eine Gebühr von 1,50 Mk. erhoben. Sie ist sofort gegen Quittung zu bezahlen. Die Quittung ist bis zum Ende der Marktzeit aufzubewahren und dem Aufsichtsbeamten auf Verlangen vorzuzeigen.

§ 5.

**Verkauf.**

1. Die Waren dürfen nur nach Gewicht, Stück oder Bundzahl feilgehalten oder verkauft werden. Bei einem Feilhalten nach Gewicht oder Maß ist an der Außenseite der Waren oder Beförderungsgesäße das Maß und Gewicht deutlich und richtig anzugeben, wenn nicht auf dem Marktplatz zugewogen oder zugewogen wird.

2. Der Verkäufer am Markt ist für die Beschaffenheit, die richtige Bezeichnung, Abmessung und Verpackung der Waren verantwortlich.

3. Die Ware darf nicht ausgerufen werden.

4. Der Aufsichtsbeamte kann verlangen, daß der Verkäufer die Waren zur Prüfung nach der Verwaltungsstelle schafft oder inschaffen läßt.

5. In der durch Anschlag bezeichneten Stelle stehen amtliche Waage, Gewichte und Wagen zur unentgeltlichen Benutzung.

§ 6.

**Käufer.**

Die Käufer haben die vom Landesverwaltungsamt vorgeschriebene Erlaubnisurkunde sichtbar zu tragen.

§ 7.

**Geschäftsfolge.**

1. Vor der Marktzeit dürfen die zur Anfuhr dienenden Fuhrwerke nicht auf dem Marktplatz aufgestellt oder umhergeführt werden. Sie müssen nach der Ankunft auf dem Platz sofort mit genügenden Arbeitskräften vollständig entladen und sogleich an die für sie bestimmten Stellen gefahren werden.

2. Die Waren dürfen vor der Marktzeit nicht auf die Verkaufsplätze gebracht werden. Es ist verboten, vor der Verkaufszeit Marktwaren wieder fortzuschaffen oder von einem Verkaufsplatz zum anderen zu bringen.

3. Der Aufsichtsbeamte bestimmt den Zeitpunkt, von dem ab die zum Abfahren gekaufte Waren dienenden Beförderungsmittel auf den Marktplatz gelangen dürfen. Die Beförderungsmittel müssen eine halbe Stunde nach der Verkaufszeit den Platz verlassen haben.

4. Das zum Abholen leerer Behältnisse (Körbe, Säcke und dergl.) oder unverkaufter Waren dienende Fuhrwerk darf nicht vor Beendigung der Marktgeschäfte des Marktbesizers auf dem Marktplatz aufgestellt oder umhergefahren werden. Es muß nach der Ankunft sofort mit genügenden Arbeitskräften ohne Unterbrechung beladen und alsdann abgefahren werden.

5. Mit Ablauf der Marktzeit muß der Marktplatz geräumt sein.

§ 8.

**Verkehr.**

1. Vom Beginn der Marktzeit bis zum Beginn der Verkaufszeit ist das Betreten des Marktplatzes nur den Verkäufern und ihren Hilfspersonen gestattet. Als Hilfspersonen dürfen keine zugelassenen Händler tätig sein. Die Nachfrage nach Arbeit ist verboten.

2. Kindern ist das Betreten des Marktplatzes nur in Begleitung erwachsener Ansehbarer gestattet.

3. Betrunkene Personen ist der Aufenthalt auf dem Marktplatz während der Marktzeit verboten.

4. Der Marktplatz darf nicht mit Wagen befahren werden, die mit Dinger oder sonstigen übertriehenden oder schmutzenden Stoffen beladen sind.

5. Abfärbende oder schmutzende Gegenstände oder solche, die einem bequemen Verkehr hinderlich sind, dürfen während der Marktzeit auf dem Marktplatz nicht getragen werden.

6. Die Marktanlagen dürfen nicht verunreinigt werden, insbesondere nicht durch Warenabfälle, Verpackungen, Beförderungsgesäße und dergleichen.

7. Die Durchgänge sind während der Verkaufszeit für den Verkehr freizuhalten.

§ 9.

**Aufsicht.**

1. Den Anordnungen der Aufsichtsbeamten zur Erhaltung der Sicherheit, Bequemlichkeit, Reinlichkeit und Ruhe auf dem Markte ist Folge zu leisten.

2. Wer solcher Anordnung nicht nachkommt, kann vom Platze verwiesen werden.

§ 10.

**Strafen.**

1. Zwischenhandlungen gegen diese Verordnung werden nach § 149 der Gewerbeordnung mit Geldstrafe bis zu 30 Mk. und im Unvermögensfalle mit Haft bis zu 8 Tagen bestraft, soweit nicht andere Vorschriften härtere Strafen androhen.

2. Abgesehen von der Strafe können Handlungen, zu denen jemand nach dieser Verordnung verpflichtet ist, im Falle der Versumung auf seine Kosten zur Ausführung gebracht werden.

§ 11.

Diese Verordnung tritt am 8. Juli in Kraft.

Lübeck, den 24. Juni 1919. (3921)

## Das Polizeiamt.

**Landesverwaltungsamt.** Lübeck, den 19. Juni 1919.

Auf Grund des § 1 Abs. 2 der Bundesratsverordnung vom 10. April d. J. über die Preise für Frühkartoffeln aus der Ernte 1919 wird der Preis für Frühkartoffeln, die vom Erzeuger bis 31. Juli d. J. geliefert werden, mit Zustimmung der Reichskartoffelstelle auf 12 Mk. für einen Zentner, im Kleinhandel auf 25 Pfg. für 1 Pfund festgesetzt.

Wer diese Höchstpreise überschreitet, wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten und mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

3952) Dr. Meyer-Rodenberg.

Am Mittwoch, dem 25. Juni 1919, vorm. von 8-10 Uhr

werden im Konsumverein **Eier**

abgegeben an die Haushaltungen mit den Anfangsbuchstaben A-F.

**Stadtmagistrat Bad Schwartau.** (Ernährungsache).

3950) Franke